Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 121. Mittwoch, 25. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Der erste Tag in Kiel.

Der Vorstands-Bericht.

Montag-Vormittag-Sitzung.

Kiel, 23. Mai. (Eig. Drahtb.). Der Parteitag trat Montag morgen im festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses in der Legienstraße zusammen. Zunächst erhielten einige Gäste das Wort zur Begrüßung.

Abramowitsch überbringt die Grüße der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Chapinsky-Warschau spricht für die polnische Sozialdemokratie: Man hat Ihnen viel erzählt über die feindliche Stimmung des polnischen Volkes gegenüber Deutschland. Ich kann Ihnen versichern, daß das werktätige Volk, welches in unseren Reihen steht, sich als Freund und Bruder der deutschen Arbeiter fühlt. (Bravo). Wir kämpfen mit den reichsdeutschen Genossen gegen die polnische Reaktion. Kowall-Kattowitz spricht namens der deutsch-sozialistischen Arbeiterschaft Polens. Tomaschek, der Präsident der tschechischen Nationalversammlung, überbringt nachbarliche herzliche Wünsche der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Miesner-Prag überbringt die Grüße der deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei. Vorsitzender Wels dankt allen Rednern namens des Parteitages. Genosse Eggerstedt verliest dann die aus allen Teilen der Welt eingegangenen Begrüßungstelegramme.

Bericht des Parteivorstandes.

Anschließend tritt der Parteitag in seine Tagesordnung ein. Den Bericht des Parteivorstandes erstattet Otto Wels.

Otto Wels: Zwischen dem Heidelberger Parteitag und heute liegen 1½ Jahre harter Arbeit. Ein Blick in unser 500 Seiten starkes Jahrbuch gibt ein Bild davon, daß unsere Partei mit ihrer Organisation, ihren Schul- und Lehrapparat, ihrer Presse und ihrer Vertretung im Reich, in den Ländern und Gemeinden in keiner Partei Deutschlands ihresgleichen hat. Zusammen mit den Gewerkschaften, den Genossenschaften, der Volksfürsorge, der Arbeiterjugendbewegung usw. bildet die Partei einen gewaltigen Faktor zur Hebung der Kultur der Massen. Auf diese Stellung sind wir stolz, wenn wir auch nicht damit zufrieden sein dürfen. Die heftigste Kritik hat unsere Haltung in den Fragen des Volksentscheids und Fürstenausgleichs erfahren. Alle unsere Kritiker haben vollkommen recht, — und sie alle hätten in der gegebenen Situation nicht anders handeln können, als wir es taten. Unsere Haltung hat uns den großen moralischen Erfolg des Volksentscheids eingetragen, der auf die Dauer ein politisches Aktivum brachte. Der Flucht der preußischen Landtagsfraktion vor den preußischen Richtern, das war der Vergleich mit den Hohenzollern, konnten wir nicht widersprechen.

Dies ist der erste Parteitag seit der Einigung, der sich nicht mit dem Sachsenkonflikt zu befassen braucht. Der Fall ist erledigt. Wir bedauern wohl alle, daß der Konflikt nicht unter Aufrechterhaltung der Einheit der Partei beigelegt werden konnte. Der Partei blieb aber nichts anderes übrig, nachdem die 23 in Sachsen sich nicht der Parteidisziplin fügten. Sie haben damit der Disziplinlosigkeit und Desorganisation Tür und Tor geöffnet. Die politische Bewertung ihres Vorgehens aber könnte ihnen ein Artikel der „Deutschnationalen Korrespondenz" klar machen, der den Redakteur ihres Blattes, des „Volksstaates", Riksch, als den Bahnbrecher des deutschnationalen Einflusses in Sachsen bezeichnete.

Es ist nicht meine Aufgabe, auf die Fragen der Koalitionsbildung oder Regierungsbildung einzugehen. Das wird Hilferding in seinem Referat erörtern. Wenn aber ein Antrag die „würdelose" Art verurteilt, in welcher der preußische Innenminister, Genosse Grzesinski, aus Anlaß der Wirsberg-Affäre im Landtag gesprochen haben soll, so hat der Verlauf der Debatte im Preußischen Landtag die Antragsteller eines anderen belehrt. Vogelfrei sollten die Genossen, die das Unglück haben, Minister zu sein, doch nicht sein. Draußen kann ihnen ja passieren, daß sie abgeschossen werden, wie das dem Genossen Severing so oft angedroht worden ist. Aber untereinander wollen wir unsere Gesinnungsgenossen doch nicht immer angreifen. Wir sollten nicht die Arbeit unserer Gegner besorgen".

Die Herausgeber und Mitarbeiter einer gewissen Korrespondenz, die ja jetzt schon eine ausgewachsene Zeitschrift geworden ist, haben die erkreutiche Absicht, die Partei zu bilden und zu erziehen. **Aber woher nehmen jene Genossen das Recht, die Partei in so absprechender Weise zu kritisieren?** Sind sie an Sachkenntnis, an Parteierfahrung, an ehrlichem Wollen, an innerer Ueberzeugung, an wahrem proletarischen Klassenbewußtsein, an Opferbereitschaft und Steigkeit der von ihnen vertretenen Auffassung wirklich dazu berufen, in der schärfsten und herabsetzendsten Weise Institutionen, Parteiinstanzen in diesem Ton zu bekritteln? Gewiß, Meinungsfreiheit muß es geben, sie darf aber nicht der Deckmantel für andere Absichten sein, wenn nicht gar für solche, die von außen in die Partei hineingetragen werden sollen. Aber was es nicht in der Partei geben darf, ist das Heimatrecht einer geschlossenen Opposition um ihrer selbst willen! Dem Richtungsstreit wollen wir in der Partei keinen Platz mehr einräumen, nur damit zerschlagen wir die Hoffnung der Kommunisten auf Erfolg ihrer Zellenbildung.

Ein anderes sehr ernstes Problem möchte ich als das Problem der Ueberorganisation bezeichnen. Es werden stets Klagen geführt, daß sich unsere Mitglieder nicht in dem Maße mehr zur Parteiarbeit zur Verfügung stellen wie früher. Eine Unzahl von Organisationen sind auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung erwachsen und nehmen die Kraft des einzelnen in Anspruch. So beanspruscht das Reichsbanner einen großen Teil der Arbeit, vor allem der jungen Genossen, ohne daß sich bisher der Gedanke durchgesetzt hat, daß der Schutz der Republik, für den das Reichsbanner ins Leben gerufen wurde, wirkungsvoll gefördert wird, durch die Zuführung der Reichsbannerkameraden zu den politischen Organisationen, der republikanischen Parteien. (Sehr gut!) Ich habe über 40 Spielarten der organisatorischen Betätigungsmöglichkeiten im Rahmen der Arbeiterbewegung zusammengestellt. Gewiß können diese Vereine der Partei auch Mitglieder zuführen, aber vorerst suchen sie die Mitglieder für sich selber zu gewinnen. Die Kommunistische Partei benutzt diese Organisation, um ihr politisches Geschäft zu treiben und überträgt durch Mitglieder, die ihr Treiben nicht durchschauen, die Opposition in die Partei. Eine Fülle von Geld und Arbeitskraft geht so der Partei verloren. Ich hoffe, daß es dem Arbeiter-Kulturkartell gelingen wird, durch Zusammenfassung all dieser Kräfte den Schaden von der Arbeiterbewegung abzuwehren.

In der Jungsozialistischen Bewegung hat die unterwühlende Arbeit und die Bildung des Nelsonbundes nur durch radikalste Maßnahmen bekämpft werden können, indem wir **die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Partei und zu dem Nelsonbund** ausgesprochen haben. Aber dadurch ist der dauernde Richtungsstreit in der jungsozialistischen Bewegung, die zahlenmäßig ohnehin nicht besonders stark ist, nicht behoben. Wir erhoffen Besserung von dem jetzt erfolgten Anschluß der Jungsozialisten an die Bildungszentrale. Wir gehen allerdings davon aus, **daß nur Parteigenossen Mitglieder der Jungsozialisten sein können.** Wir wollen in Zukunft auch der Arbeiterjugend gestatten, ihre Mitglieder bis zu 20 Jahren zu behalten, wenn sie vom 18. Jahre ab Parteimitglied sind. Allerdings muß dem der Parteitag erst zustimmen.

Die meisten Anträge zum Parteitag hat der Streit unter den Beamten um die Richtung ihrer Spitzenorganisationen hervorgerufen. Wir haben im Parteivorstand zahlreiche Sitzungen wegen der Beamtenschaft gehabt. Aber leider ist der Streit nicht aus der Welt geschafft. Dieser Streit um die Organisation steht überall an der Wiege der Arbeiterbewegung. Ebenso wie Partei und Gewerkschaften hatte beim Umsturz auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund einen starken Zulauf überschwenglicher Enthusiasten, und auch ihm blieb der Rückgang nicht erspart. Leider ist die Verschmelzung der Beamtenverbände nicht gelungen. Das ist um so schlimmer, als die christlichen Organisationen sich mit dem DBB. fusioniert und dadurch gezeigt haben, daß sie wissen, was die Geschlossenheit bedeutet. **Jedenfalls darf der Streit unter den Beamten nicht auf dem Rücken der Partei ausgetragen werden.** Manche Genossen im Lande sind päpstlicher als der Papst und fordern geradezu eine Verbannung der Parteigenossen, die noch im DBB. tätig sind. Auf der anderen Seite hat der Beamtenausschuß der Deutschnationalen Partei Beschwerde darüber erhoben, daß angeblich unsere Genossen im DBB. die Neutralität verletzen. Wollen Sie diesen Deutschnationalen zu Hilfe kommen und sollen unsere Parteigenossen das Feld räumen? Das wäre falsch. Wie stolz ist die Partei einst auf die ersten sozialdemokratischen Lehrer gewesen, die im Deutschen Lehrerverein als Vorkämpfer des Sozialismus gewirkt haben! Jetzt sollen Männer wie Ammerstedt, Heilmann und Groß aus Hamburg von der Partei insamiert werden, wenn sie nicht aus der Organisation ausscheiden, in der sie so lange auch für die Partei gewirkt haben. Das ist ein schlechtes Stück Unduldsamkeit, geboren aus Unkenntnis der Parteigeschichte, und ich bitte Sie deshalb, alle entsprechenden Anträge abzulehnen und lediglich die Deklaration zu bekräftigen, die Parteivorstand und Parteiausschuß über unsere Verhältnisse zu den Beamtenverbänden abgegeben haben. Wir sprechen offen aus, daß wir mit dem ADB. am engsten verbunden sind und ihm die besten Erfolge wünschen, im übrigen müssen wir alles andere der kommenden Entwicklung überlassen.

Ein Antrag Hamburg will den Berlinern ein Lokalorgan geben und den „Vorwärts" zum reinen Zentralorgan der Partei machen. Die gleiche Forderung spricht ein Beschluß des Berliner Bezirksparteitages aus. Der Streit um diese Frage ist so alt wie der „Vorwärts" selbst. Bei der Schaffung des Parteistatuts 1905 habe ich als Wortführer der Berliner den gleichen Antrag gegen den Parteivorstand vertreten. (Heiterkeit.) Damals hat uns August Bebel die ganze Entstehungsgeschichte des „Vorwärts" dargelegt und ausgesprochen, daß der Parteivorstand bei der politischen Führung der Partei es nicht ertragen könnte, wenn seine Absichten und die Absichten der Fraktion vielleicht schon am nächsten Tage in einem Berliner Blatt bekämpft würden. Bebel und Singer haben damals die Erklärung abgegeben, daß sie es ablehnen müßten, weiter Vorsitzender der Partei zu bleiben, wenn der Berliner Antrag angenommen würde. So habe ich im Einverständnis mit den Berliner Genossen den Antrag zurückgezogen. Jetzt wollen die Berliner eines Teils wieder ein Richtungsblatt, die anderen ein Blatt im Stile der „Morgenpost". Nur auf den Kreis der organisierten Berliner Parteigenossen abgestellt, wäre keine Zeitung in Berlin haltbar. Wir sind bereit, mit den Berliner Genossen auf dem Boden der Verträglichkeit und des Entgegenkommens, aber auch auf der Basis des Statuts zu verhandeln. Der Antrag Hamburg aber verstößt gegen das Statut, und ich muß Sie dringend bitten, ihn zurückzuziehen. Wenn sich zwei Blätter in Berlin gegenseitig bekämpften, würden sie ebensowenig Seide spinnen, wie in der Zeit der „Freiheit" neben dem „Vorwärts". Die „Rote Fahne" hat es nicht über 15 000 Leser gebracht. (Hört, hört!)

Einige Anträge fordern die Einberufung eines preußischen Parteitages. Als Auftakt zur nächsten Preußenwahl machen wir uns den Antrag zu eigen und wollen auch wir die preußischen Genossen zusammenberufen.

Ich war außerordentlich erstaunt, in zwei so verschieden eingestellten Blättern wie der „Frankfurter Zeitung" und der „Roten Fahne" zu lesen, daß die Partei stagniere. Die Gründe des geringen Mitgliederzuwachses habe ich Ihnen dargelegt. Wir haben die Jugend mit voller Absicht dem Reichsbanner, der Schutztruppe der Republik, zugeführt. Nachdem das Reichsbanner jetzt konsolidiert ist und die Konsolidierung der Republik begonnen hat, können wir wieder mehr an die Parteiorganisationen denken.

Allerdings ist die Republik noch lange nicht so gesichert, wie das leider vor kurzem auch ein prominenter Mund behauptet hat.

Wir dürfen die Wachsamkeit der Arbeiterschaft nicht einschläfern und die Republik ist nur dann gesichert, wenn wir stets in der einen Hand die Kelle, in der anderen das Schwert führen.

Die Kommunistische Partei hat auf ihrem Parteitag von 1925 ihre Mitglieder mit 150 000 angegeben, jetzt nennt sie Moskau gegenüber 112 000, aber die wahre Mitgliederzahl ist unter 90 000. Die Einheitsfront ist für die Kommunisten selbstverständlich nur ein Manöver, die Sozialdemokraten zu spalten und zu schwächen. Die Erinnerung an die Gewissenlosigkeit, mit der die Kommunisten über Tausende deutscher Arbeiter Unglück gebracht haben, sollte eine hohe Barriere zwischen uns und ihnen aufrichten. Wir haben keinen einzigen Genossen ausgeschlossen, weil er an einer Moskaufahrt oder dem Kongreß der Werktätigen teilgenommen hat. Nur wenn er danach für die Kommunisten agitiert und die Partei bekämpfte, haben wir von unserem statutenmäßigen Recht Gebrauch machen müssen. Dieses Recht werden wir uns auch nicht nehmen lassen.

In der Arbeiterklasse ist

der sozialistische Gedanke im Vormarsch.

Ich denke daran, wie der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach die bürgerlichen Parteien gewarnt hat, von sich aus den Klassenkampf zu treiben, weil fast alle Arbeitnehmer dadurch der Sozialdemokratie zugetrieben würden. Ich denke an die Zentrumsarbeiter, die in offener Rebellion gegen ihre Führer stehen.

Die Eroberung der politischen Macht aber, besonders aber danach die der wirtschaftlichen, wird nur möglich sein, durch die Anstrengung aller gemeinsam Fühlenden, durch die Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter. Zerstören Sie diese Ansätze nicht durch Hetzerei und Sabotage. Das wäre unmöglich eine Politik, die unserer Partei frommen kann! Nur durch engste Zusammenarbeit können wir der Partei und der Arbeiterschaft nutzen! (Lebhafter Beifall).

Agitation, Organisation, Kasse.

Den Bericht über Agitation, Organisation und Kassenverhältnisse erteilte

Konrad Ludwig:

Wir sind noch immer die einzige Partei, die ihre Kassenbücher offen auf den Tisch des Parteitages legt. Wir fragen alle anderen Parteien, wer Lust hat, es uns nachzumachen. Die Einnahmen und Ausgaben der 32 Parteibezirke, der über 8000 Ortsgruppen betrugen 1926 rund 7,4 Millionen Mark. Die Gesamtparteieinnahmen betrugen 8,5 Millionen Mark,

pro Kopf der Parteimitgliedes in ganz Deutschland 10 Mark.

Das ist eine Leistung, auf die die Sozialdemokratie besonders stolz ist.

In den Jahren 1924 bis 1927, also in drei Jahren hat die sozialdemokratische Partei für Wahlen, Volksentscheid usw. 5 Millionen Mark ausgegeben.

Eine statistische Erhebung im Berichtsjahr ergab, daß 73 Prozent der Mitglieder Handarbeiter, 11 Prozent Kopfarbeiter, 5 Prozent selbständige Handel- und Gewerbetreibende, 2 Prozent freie Berufe und 9 Prozent ohne Angabe eines Berufes waren. Die Arbeit der Parteiorganisationen, insbesondere die der Vertrauensleute ersieht man an der Zahl der Versammlungen und der verteilten Flugblätter. Wir finden im Berichtsjahre **36 789 öffentliche und 57 961 Mitgliederversammlungen.** Zur Verbreitung kamen über 100 Millionen Flugblätter. Allein zum Volksbegehren und Volksentscheid hat die Partei 39 900 Versammlungen und 72 Millionen Flugblätter verbreitet.

Ludwig berichtet weiter über die Betriebe der Partei und die Dachgesellschaft Konzentration. Die Partei besitzt insgesamt 144 juristische Firmen und zwar 104 Druckereien, 27 Verlage und 13 andere Firmen, die alle der Partei gehören. Die Partei besitzt 184 Tageszeitungen, darunter 53 Kopfblätter, mit Ausnahme von neun erscheinen alle Zeitungen in eigenen Druckereien. 7000 Personen werden in Betrieben der Partei beschäftigt, davon 5200 technische, 1000 kaufmännische, 500 redaktionelle. Der Umsatz der Betriebe betrug 1926 62,7 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Abonnements betrugen 18,5, aus Inseraten 18,3, Drucksachen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0001

13,5 Millionen, von den Ausgaben entfielen auf Löhne und Gehälter 32 Millionen. Papier, Farben und anderen Ausgaben 40,7 Mill. An Steuern haben die Betriebe 2,3 Millionen gezahlt, der buchmäßige Ertrag sämtlicher Geschäfte ergab 1,4 Millionen, also nur die Hälfte des Vorjahres. Die bilanzmäßige Aufstellung des Vermögensbestandes ergab 42 Millionen und 16 Millionen an Hypotheken und Darlehen. Das Gesamtvermögen der Partei beläuft sich auf 26 Millionen Reichsmark, an den Darlehen ist der Parteivorstand selbst mit 4 Millionen beteiligt. Ludwig erwähnt dabei, daß nach § 28 Nr. 5 des Statuts seit dem Heidelberger Parteitag insgesamt 29 Parteimitglieder ausgeschlossen worden sind.

Mit großer Lebhaftigkeit bekämpft Ludwig dann den Leipziger Antrag, die Umlage der Parteigeschäfte für den Parteivorstand abzuschaffen. Der Parteivorstand habe in den letzten 2 Jahren für Sanierungen von Parteigeschäften 637 000 Mk. und für den Ausbau von Parteigeschäften 980 000 Mark hergegeben. Allerdings werde dabei jetzt kaufmännisch verfahren. Es heißt nicht wie früher „Mit Parteigruß" sondern „Mit Zinsfuß". Neue Druckereien seien in dieser Zeit in Landsberg a. d. Warthe, Frankfurt a. d. Oder, Finsterwalde und Elbing gegründet worden.

Nachmittags-Sitzung.

Die Sitzung wird eingeleitet durch einen Bericht über

die Kulturaufgaben der Partei

von

Heinrich Schulz.

Inzwischen ist der Sozialistische Kulturbund geschaffen worden. Er ist keine neue selbständige Organisation in der Partei, sondern eine Art Dachorganisation, eine Arbeitsgemeinschaft der maßgebenden Spitzenverbände mit vorzugsweise kulturellen Aufgaben. Den Kern des Sozialistischen Kulturbundes bilden folgende Organisationen, von denen zwei bereits 20 Jahre und länger bestehen: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, früher Zentral-Bildungsausschuß, der satzungsgemäß die Führung hat, und zweitens die Sozialistische Arbeiterjugend. Dazu kommen die Arbeiterwohlfahrt, die sozialistische Lebensreformbewegung und die Kinderfreundebewegung. Dieser engere Kern steht in ständiger Verbindung mit anderen großen Organisationen, den Gewerkschaften, den Arbeitersängern, den Arbeitersportlern und der Volksbühnenbewegung. Außerdem hält er Fühlung mit mannigfachen Kulturorganisationen anderer Art. Eine Erweiterung des Bundes über diese Form hinaus haben wir bisher abgelehnt. Wir möchten vermeiden, daß eine neue große Organisation auf Mehrheitsbeschlüssen aufgebaut, entsteht. Das würde die Kulturbewegung zwar verbreitern, aber auch wohl verwässern. Die Hauptaufgabe muß sein eine **Verinnerlichung und Vertiefung, die Schaffung eines sozialistischen Kulturbewußtseins.** (Sehr wahr!) Die Arbeit verrichte im wesentlichen der engere Kulturausschuß in Berlin, der nach Bedarf zu Sitzungen zusammentritt.

Im letzten Jahre haben wir mehr negativ eine Abwehrarbeit zu leisten gehabt gegenüber den Gesetzen zur Bekämpfung von Schmutz und Schund und zur Bewahrung der Jugend bei Lustbarkeiten. Beide Gesetze konnten leider nicht verhindert werden. Aber der Kulturbund hat doch eine starke Protestbewegung hervorgerufen, der sich auch eine Reihe anderer freiheitlicher Verbände literarischer und künstlerischer Art anschlossen. Eine ähnliche Protestbewegung wird gegen die bevorstehenden Reichsschulgesetzpläne herbeizuführen sein. In die eigenen politischen Erwägungen der Partei wird der Kulturbund dann nicht eingreifen. Zu seinen positiven Aufgaben gehört die Beschäftigung mit dem Film und vor allem mit dem Rundfunk. Durch den Rundfunk kann eine unglaubliche Wirkung auf die breiten Kreise ausgeübt werden. Die Sender und die Ueberwachungsausschüsse müssen in unserem Sinne beeinflußt werden. Die erste große Tagung des Kulturbundes hat im vergangenen Herbst in Blankenburg stattgefunden. In den späteren Tagungen soll jedesmal eine bestimmte wichtige Frage behandelt werden. Die Gesamtarbeit des Sozialistischen Kulturbundes steht selbstverständlich dem Parteitag zur Prüfung offen.

Dem Antrag über die Errichtung einer neuen Reichsparteischule steht der Vorstand und Ausschuß der Partei an sich sympathisch gegenüber. Eine alsbaldige Verwirklichung ist aber aus materiellen Gründen nicht möglich. Er soll dem Parteivorstand und Ausschuß überwiesen werden. Das soll kein Begräbnis erster Klasse sein.

Dann noch ein Wort zur Erhöhung der Grenze für die Jugendlichen vom 18. auf das 20. Lebensjahr. Die Jugendlichen vom 14. bis 17. Lebensjahr sind innerlich ganz anders eingestellt als die Jugendlichen vom 18. bis 20. Lebensjahre. Diesen steht näher als Spiel und Tanz die geistige Gesinnung, die Suche nach der Persönlichkeit und auch nach der politischen Ueberzeugung. Diese Aufgabe kann die Jugendbewegung besser erfüllen, wenn sie 3 Jahre dazu Zeit hat. Jetzt war eigentlich eine Lücke in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre vorhanden. Selbstverständlich bleibt die Verpflichtung bestehen, daß mit 18 Jahren jeder, der innerlich zur Partei gehört, ihr beitritt. Die Partei wird andererseits die Verpflichtung haben, besondere Einrichtungen mit Jugendlichen zu schaffen, die die Seele der Jugend ergreifen und, was die Hauptsache ist, diese mit Begeisterung erfüllen. (Sehr wahr!) Das Weltanschauliche, das Begeisternde aus dem Sozialismus muß diesen jungen Leute gegenüber in den Vordergrund gestellt werden. Das **Jugendproblem ist das Problem der Zeit und vor allem der Partei, die in erster Linie eine Partei der Zukunft sein will.** (Lebh. Beifall.)

Den Bericht über

die Frauenbewegung

erstattete

Marie Juchacz.

Das Bild der Frauenbewegung ist nicht leicht zu fassen, weil wir keine besondere Frauenorganisationen haben. Aber bei dem guten Willen des gesamten Organisationsapparates und genügender Aktivität der Frauen müsse es möglich sein, sowohl zu einem genauen wie zu einem lebendigen Bericht zu gelangen. Meinen Bericht in Heidelberg habe ich sehr kritisch gestalten müssen. In diesem Jahre kann ich optimistischer sprechen: die Bewegung innerhalb der Partei ist viel lebendiger geworden. Die Veranstaltungen zur Gewinnung und Schulung der Frauen waren so vielseitig wie niemals zuvor. Das Geheimnis der ganzen Organisationsarbeit liegt auch darin, die Sympathisierenden zu Mitgliedern zu machen, die Mitarbeiter zu Mitgliedern zu erziehen, jeden einzelnen mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß er ein nützliches und notwendiges Glied der gesamten Partei ist. Dazu gehört auch, daß gemäß dem Statut die Frauen entsprechend ihres Anteiles ihrer Mitgliederzahl bei allen Delegationen und Vertretungen berücksichtigt werden.

Die Arbeiterwohlfahrt ist in der gesamten Partei heute als unbedingt notwendig und nützlich anerkannt. Sie hat einen großen Teil früher brach liegender Kräfte in den sozialen Dienst und damit in den Dienst der Partei gestellt.

Die bessere internationale Verbindung hat es uns ermöglicht, wichtigere Vergleichsmaßstäbe für den Stand unserer Bewegung zu gewinnen. Es haben die Frauen unter den Parteimitgliedern in Dänemark 32 Prozent der Gesamtzahl, in Oesterreich 29,7 Prozent, dann geht es herunter über die Tschechoslowakei, Belgien, Finnland und Ungarn zu Deutschland mit 17,4 Prozent. Diese Zahlen beweisen, daß wir alles daran setzen müssen, **die Zahl der organisierten Frauen noch wesentlich zu steigern.** Gerade die deutsche Sozialdemokratie, die den Frauen ihre politischen Rechte gebracht hat, muß auch dafür sorgen, daß die Frauen zu ihr kommen. Insbesondere dürfen wir keines der Mittel vernachlässigen, um an die jungen berufstätigen Frauen in den Warenhäusern, Fabriken und Kontoren heranzukommen, die Töchter des Proletariats sind; denn unsere Arbeiterjugend ist leider noch weit davon entfernt, das Proletariat in der Gesamtheit zu umfassen. Deshalb sollten die Parteigenossen, nicht weil sie glauben, etwas mehr vom Klassenbewußtsein oder Marxismus zu verstehen, über Frauen-Feierstunden oder Frauen-Weltanschauungsabende die Nase rümpfen, selbst wenn es einmal in irgendeiner Frauenveranstaltung ein wenig wie beim Kaffeeklatsch zugeht. Auf manchem Bierabend geht es nicht besser zu. (Heiterkeit). Viele Wege führen nach Rom, wenn man nur eine verständige Führung hat. **Wir müssen vor allem erst einmal an die Menschen herankommen.** Nachher werden wir es schon verstehen, sie weiter zu führen und sie zu wirklichen Sozialdemokratinnen zu machen. (Lebh. Beifall).

Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Brühne-Frankfurt a. Main.

Die Nachmittagssitzung dauert fort.

Schlußsitzung in Genf.

Genf, 23. Mai. Was am Mittwoch noch nicht vorauszusehen war, ist nun doch eingetroffen: Die Weltwirtschaftskonferenz hat am Montag nachmittag ihre Schlußsitzung abgehalten.

Zunächst wurde eine Entschließung des Schweden Oerne angenommen, in der mit Bedauern Kenntnis genommen wird, daß die Welt fortfährt große Summen für Rüstungszwecke und Kriegsvorbereitungen auszugeben, welche der Industrie und dem Handel entzogen werden und die Völker unter schwerste Steuerlast setze. Es wird der dringende Wunsch geäußert, daß alle Anstrengungen für die Beschränkung und den Abbau der Rüstungen bald von Erfolg gekrönt sein mögen zur Erleichterung der Völker von den vorgenannten Lasten. Die Sowjetdelegation ließ durch Solnikoff erklären, daß sie der Erklärung zustimme, jedoch von ihr wenig halte, weil der Völkerbund kein taugliches Friedensinstrument sei.

Das hat dann sein Delegationskollege Ossinsky noch einmal gesagt in einer längeren Rede, in welcher er die allgemeine Schlußbilanz der Konferenz vom Sowjetstandpunkt aus zog. Danach hätte die Konferenz nur dann einen Erfolg haben können, wenn sie die elf Forderungen der Sowjetdelegation angenommen hätte. Die Sowjetdelegation könne das Verdienst beanspruchen, die Frage des Nebeneinanderbestehens der beiden Wirtschaftssysteme aufgeworfen zu haben, wodurchklarheit geschaffen werde, wenn auch die Konferenz nur einen ganz kleinen Schritt entgegengekommen sei. Sodann polemisiert Ossinsky gegen Jouhaux, daß dieser und die Sozialdemokraten dem Kapitalismus prinzipielle Konzessionen machen während die Sowjetrepublik nur materielle Güter mit den bürgerlichen Staaten austausche. Er schloß mit der Erklärung, daß der Völkerbund nur ein Werkzeug der mächtigsten Staaten sei und daß die Sowjetrepublik gar keine Absicht habe, ihm beizutreten.

Jouhaux blieb die Antwort nicht schuldig, indem er sofort darauf erwiderte, er wolle mit den Sowjetvertretern hier, wo sie nicht hingehören und nie hingehört hätten, in keine weitere Polemik eintreten, wohl aber müsse er feststellen, daß es von der Sowjetdelegation unehrlich sei, für die Notlage ihres Landes und Regierungssystems alle möglichen Milderungsgründe anzurufen, der organisierten Arbeiterschaft in den anderen Ländern aber gar keine solchen zuzuerkennen. Die Konferenz und ihre Arbeiten bezeichnete Jouhaux als ein Ereignis von bleibender Bedeutung.

Hierauf wurden die beiden Entschließungsentwürfe für die Weiterführung der Konferenzarbeiten und das Verhältnis zu Sowjetrußland betreffend, einstimmig angenommen. Die letztere Resolution ist bereits bekannt, die erstere ist recht kurz und ganz allgemein gehalten. Sie lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die gut ausgewogene Zusammensetzung des Vorbereitenden Komitees der Wirtschaftskonferenz hin.

Dann wurde der allgemeine Konferenzbericht mit wenigen redaktionellen Aenderungen angenommen. Die Sowjetdelegation begründete ihre Stimmenthaltung mit Mangelhaftigkeit der Analyse der wirtschaftlichen Notlage und ihrer Ursachen.

Es sprach dann noch Genossin Frau Freundlich-Wien namens der internationalen genossenschaftlichen Organisation, indem sie die Ergebnisse der Konferenz als einen bedeutenden Schritt für die demokratische Entwicklung der Wirtschaft bezeichnete und den Wunsch daran anschloß, daß die Frauen immer mehr zu allen die Gesamtheit der Menschen interessierenden Aufgaben zur Mitarbeit herangezogen werden.

Nachdem noch Loucheur seine Freude über das alles in allem genommen gute Gelingen der Konferenz ausgesprochen und dem Vorsitzenden den Dank aller Delegierter abgestattet hatte, hielt der Konferenzpräsident Theunis eine längere mit kräftigem Beifall aufgenommene Schlußrede. Er legte darin den Gang der Konferenzarbeiten und ihre Schwierigkeiten eingehend auseinander, überblickte dann die einzelnen Ergebnisse für den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft und zog die Schlußfolgerung, daß nun alles von der Durchführung der Konferenzbeschlüsse abhänge, weshalb jeder Delegierte die moralische Verpflichtung habe, überall und jederzeit für die Resolutionen der Konferenz einzutreten.

Der Kompromiß mit den Russen.

Genf, 23. Mai. Der Kompromiß mit der Sowjet-Delegation in der Anerkennungsfrage sollte für jene auch die Verpflichtung enthalten, nicht gegen die Konferenzbeschlüsse zu stimmen. Die Konferenzleitung empfand es daher als einen Wortbruch, daß die Russen dennoch gegen die Entschließungen der drei Kommissionen sich erhoben. In Unterhandlungen, die am Sonntag darüber stattfanden, erklärten die Russen, daß es sich um ein Mißverständnis handele, und daß sie in der Schlußabstimmung über das ganze Konferenzwerk dies nicht mehr verwerfen, sondern sich nur der Stimme enthalten.

Zur Frage der Weiterführung der Konferenzarbeiten ist vom Redaktionskomitee des Ausgleichsausschusses ein Antrag von deutscher Seite angenommen worden, dem Völkerbund den Antrag zu unterbreiten, einen neuen Ausschuß zu schaffen, der in gleicher Weise wie das vorbereitende Komitee der Wirtschaftskonferenz arbeiten und aus Sachverständigen aller Wirtschaftsgruppen mit einer durch den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts zu benennenden Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft bestehen soll. Wegen des letzteren Punktes war der Vorschlag namentlich vom italienischen Vertreter stark bekämpft worden, gelangte aber schließlich doch zur Annahme.

Das Reichskabinett gegen Hörsing.

Ein Brief Marx an Otto Braun.

Reichskanzler Marx hat nach einem Kabinettsbeschluß einen Brief an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun gerichtet, der eine Beschwerde über eine Rede des Genossen Hörsing darstellt, die am vergangenen Sonntag in Königsberg gehalten wurde. In dieser Rede hat Genosse Hörsing die Unehrlichkeit und Doppelzüngigkeit der deutschnationalen Politik gebrandmarkt und zugleich die Rede des Justizministers Hergt in Beuthen scharf kritisiert. Der Wortlaut des Briefes von Marx an Braun ist noch nicht bekannt.

Die deutschnationale Presse behauptet, daß die Reichsregierung von der preußischen Regierung disziplinarisches Einschreiten gegen den Oberpräsidenten Hörsing verlangt. Nach den Behauptungen der deutschnationalen Presse soll Gen. Hörsing in Königsberg ausgeführt haben:

„Wenn ich bedenke, daß die deutschnationalen Minister den Eid auf die Verfassung und auf die Farben Schwarzrotgold ablegten, so habe ich kein Verständnis mehr für die Heiligkeit des Eides, die dieses Leute immer predigen".

Und weiter soll er gesagt haben:

„Der Friedensvertrag muß beseitigt werden, aber nicht durch Reden, wie sie Herr Hergt am vorigen Sonntag in Beuthen gehalten hat. Niemand hält zwar Herrn Hergt für einen großen Kopf, aber er ist Reichsminister, der nach außen hin immerhin etwas bedeutet und da müssen wir es uns verbitten, daß er die deutsche Nation mit seinem dummen Geschwätz in Verlegenheit und Gefahr bringt".

Es ist nicht bekannt, von wem der Reichsregierung diese Stellen aus der Rede des Gen. Hörsing in diesem Wortlaut mitgeteilt worden sind. Nach dem Bericht unseres Königsberger Parteiblattes haben die Ausführungen Hörsings anders gelautet. Zum ersten Punkt:

„Während der Stahlhelmtagung, während die schwarzweißrote Fahne zurückverlangt wurde, waren deutschnationale Reichsbeamte zugegen. Und wenn man bedenkt, daß es Leute sind, deren Führer und Minister den Eid auf die Verfassung geleistet haben, habe ich kein Verständnis für die Heiligkeit des Eides".

Zum zweiten:

„Der Friedensvertrag von Versailles hat den Deutschen ein großes Unrecht zugefügt. Wie ich durch den polnischen Korridor gefahren kam, begriff ich erst recht, welches große Unrecht an der deutschen Nation begangen wurde. Dieses Unrecht muß beseitigt werden, aber es wird nicht beseitigt dadurch, daß man Reden hält, wie sie Hergt in Beuthen gehalten hat. Man hält Hergt ja für keinen politischen Kopf, aber er ist Reichsminister des Deutschen Reiches, der draußen etwas bedeutet und **wir müssen es uns verbitten, daß ein Minister mit diesem Geschwätz die deutsche Nation in Gefahr bringt".**

Es handelt sich hier nicht um die disziplinare Verfehlung eines Beamten, sondern um eine politische Aktion, die das Reichskabinett im Interesse der deutschnationalen Parteipolitik bei der Preußenregierung unternimmt.

Herr Hergt, der Vizekanzler, hat in Beuthen eine Rede gehalten, die auf die Tonart gestimmt war, „gen Ostland wollen wir reiten". Diese Rede hat Herrn Stresemann in Verlegenheit gesetzt und die außenpolitischen Interessen Deutschlands gegenüber Polen geschädigt.

Im Reichskabinett ist Herr Hergt ob dieser Rede zur Ordnung gerufen worden. Herr Stresemann hat der polnischen Regierung amtlich mitgeteilt, daß diese Rede nicht dem amtlichen Kurs der deutschen Außenpolitik entspreche und daß die polnische Regierung ihr keine übertriebene Bedeutung beilegen dürfte. Mit anderen Worten: Diese Rede sei nicht politisch ernst zu nehmen gewesen, sie sei — vulgär gesprochen — Geschwätz gewesen.

Nach diesem Rüffel Stresemanns gegen seinen Ministerkollegen Hergt hat der Sozialdemokrat und politische Gegner des Bürgerblocks Hörsing Kritik an der Rede Hergts geübt, Kritik an dem Parteiführer Hergt, wohlverstanden, nicht an dem Minister. An einer Rede, von der der Außenminister selbst amtlich festgestellt hat, daß es eine parteipolitische Rede, keine Ministerrede gewesen sei. Eine Kritik, die in ihrem sachlichen Inhalt durchaus der Kritik der Reichsregierung an derselben Rede Hergts entspricht.

Hat es der Reichskanzler da nötig, auf Wunsch der Deutschnationalen Beamten, das Recht der freien Meinungsäußerung zu bestreiten, zumal wenn dieser Beamte die amtliche Außenpolitik der Reichsregierung in Schutz nimmt?

Was der Landbund alles wünscht.

Die Vertretertagung des Reichslandbundes in Dresden hat eine Entschließung über die Zoll- und Handelspolitik und über die Steuerpolitik gefaßt, die die Forderungen der Agrarier von der Regierung des Bürgerblocks enthalten. In der Zoll- und Handelspolitik wird verlangt: bei der Neuregelung des Zolltarifs dürfen die Zollsätze nicht hinter den Sätzen des schwedischen Handelsvertrages zurückbleiben. Der Kartoffelzoll muß auf 2 Mark je Doppelzentner gebracht werden. Die Einfuhr von Schweinefleisch, Gefrierfleisch, Kartoffeln und lebenden Schweinen muß durch den Zollschutz verhindert werden, denn Deutschland brauche **„überhaupt keine Einfuhr von Schweinefleisch und Kartoffeln".** Der Zuckerzoll soll erhöht werden.

In der Steuerpolitik wird gefordert: Abbau der Realsteuern, Fortfall der Gewerbesteuer für die Landwirtschaft, keine besondere Heranziehung der Landwirtschaft zum Wegebau, Kredite für die Umwandlung der Roggen in Grundschuld, stärkere Zugänglichmachung der Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Zwecke der Förderung der Landwirtschaft.

Das Ende einer Hetze.

Der frühere Stettiner Polizeipräsident, Genosse Fenner, war vor einiger Zeit vom Schöffengericht wegen angeblicher Beleidigung eines ihm unterstellten Polizeibeamten zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das merkwürdige Urteil stützte sich auf eine Bemerkung in den Personalakten des Polizeiobersekretärs Laatsch, in denen dieser als verlogener Beamter, Intrigant und Hetzer bezeichnet war. In der Berufungsverhandlung wurde jetzt das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und der Polizeipräsident freigesprochen. Eine mehrstündige Beweisaufnahme hatte einwandfrei die Richtigkeit der Beurteilung des Klägers durch seine Vorgesetzten ergeben. Damit ist einer Hetze gegen Genossen Fenner ein Ende bereitet, die aus rein parteipolitischen Gründen gegen ihn geführt worden war. Hinter dem Kläger stand die deutschnationale Partei, in der er eine Rolle zu spielen suchte. Als Beamter dürfte dieser merkwürdige Polizeisekretär damit endgültig ausgespielt haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0002

Die Koalition in Preußen fest.

Parteitag des preußischen Zentrums.

Am Sonnabend und Sonntag hat im Preußischen Landtag der dritte Parteitag der preußischen Zentrumspartei stattgefunden, der 1½ Tage in Anspruch nahm. Nach der Eröffnung des Parteitages sprach der Führer der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags Dr. Heß über die Politik des Zentrums in Preußen. An sein Referat schloß sich eine ausführliche Debatte an. Dieses Referat wie die anschließende Debatte war der weitaus wichtigste Teil der Beratungen des Zentrumsparteitages.

Dr. Heß gab in seinem Referat der Rechten mit aller Schärfe zu verstehen, daß sie auf eine Aenderung der preußischen Koalitionsverhältnisse bis zu den nächsten Landtagswahlen nicht rechnen könne. Die Politik der Zentrumsfraktion sei darauf angelegt gewesen, die schwierigere Lage des Zentrums im Reich durch eine konstante Linienführung in Preußen nach Kräften zu erleichtern. So greife die Politik der beiden großen Fraktionen aufs engste ineinander. Preußen sei seit 1918 ein Sicherheitsfaktor für das Reich gewesen. Die Theorie der Homogenität zwischen Reich und Preußen auf der Basis der Rechtskoalition lehne die preußische Zentrumsfraktion als undiskutabel ab. Der chronische Krisenmacher in Deutschland und Preußen sei die Volkspartei. Das Zentrum sei unter keinen Umständen gesonnen, sich von ihr die politische Marschroute vorschreiben zu lassen. Die Weimarer Koalition sei gegenüber allen anderen Sieger geblieben, und heute sei sie in Preußen nicht mehr zu stürzen.

In der Diskussion sprach zunächst der Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Mit scharfer Spitze gegen Dr. Wirth, den er allerdings zu nennen vermied, verteidigte er die Politik des Zentrums im Reich. Der Name Marx genüge, um darzutun, daß es Unsinn sei, von einem reaktionären Zentrum im Reich zu reden. Auch auf sozialpolitischem Gebiet sei in den letzten Monaten kein Rückschritt zu verzeichnen. Auf dem Gebiet der Zollpolitik werde ein Ausgleich zwischen den Interessen der Produzenten und der Konsumenten gefunden werden. Die Differenzen zwischen dem Reich und Preußen würden bei den Ministerbesprechungen völlig ausgeräumt werden. Es sei nicht wahr, daß das Zentrum der Steigbügelhalter des Besitzbürgerblocks sei. Man müsse vor einem republikanischen Integralismus warnen.

Nach ihm verteidigte Reichstagsabgeordneter Joos den von Köhler angegriffenen Artikel von Josef Wirth im „Berliner Tageblatt". Sowohl das Reichszentrum als auch das Berliner Zentrum trieben Zentrumspolitik, wenn auch mit verschiedenen Koalitionen. Eine ständige Fühlungnahme zwischen Reichszentrum und Preußenzentrum sei erforderlich. Das Problem der Mitarbeit der Sozialdemokraten dürfe nicht unterschätzt werden, es könne nicht gleichgültig sein, ob die wertvollen schöpferischen Kräfte, die in der Sozialdemokratie enthalten seien, aufbauende Mitarbeit leisteten oder ob sie sich in fruchtloser Verneinung erschöpft.

Der Delegierte Josef Schmidt aus Fulda betonte, daß es notwendig sei, den industriellen Arbeiter zur Mitarbeit im Staat heranzuziehen. Er stellte nach die Frage, ob es notwendig sei, daß für militärische und Marinezwecke derart große Summen bewilligt werden müßten und daß dadurch die sozialen Aufgaben, wie die Fragen einer großzügigen Siedlungsbewegung, vernachlässigt werden.

Nach dieser Diskussion beschäftigte sich der Zentrumsparteitag mit den kulturpolitischen Forderungen des Zentrums — Abschluß eines Konkordats in Preußen, konfessionelle Schule.

*

Der Parteitag hinter der Fraktion.

Berlin, 23. Mai. Der Parteitag der preußischen Zentrumspartei schloß am Montag mit der Annahme folgender Entschließung:

„Der dritte preußische Parteitag nimmt Kenntnis von den Arbeiten der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages. Er billigt die Haltung der Fraktion in jeder Beziehung und dankt ihr insbesondere für ihre Politik in den Fragen der Regierungsbildung, des Konkordats, des Föderativgedankens und der Schul- und Sozialpolitik. Der dritte preußische Parteitag spricht der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages volles Vertrauen aus".

Vorstand und Landesausschuß wurden wiedergewählt und der Vorstand ergänzt durch den Landtagsabgeordneten Dr. Graff, der Landesausschuß durch Minister Hirtsiefer.

Der königliche Adler.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags hat folgende Anfrage eingebracht:

Der sog. Hofkammerpräsident des ehemaligen preußischen Königs hat an die ihm unterstellten Oberförsterei folgendes Rundschreiben erlassen:

„Charlottenburg, den 31. März 1927. Mit Genehmigung des Herrn Generalbevollmächtigten bestimmen wir, daß die in unseren Diensten befindlichen Forstbeamten, und zwar sowohl diejenigen, die aus der alten Hofkammerverwaltung übernommen sind, wie auch die zur Neueinstellung gekommenen und künftig kommenden Beamten als Dienstabzeichen an den vorgeschriebenen Uniformhut nach wie vor den alten königlichen Adler zu tragen haben. An der Ausstattung der sonstigen Uniformstücke einschließlich der Wappen auf den Rockknöpfen tritt ebenfalls keine Veränderung ein. Sollten sich später im Hinblick darauf, daß die Dienstabzeichen der Staatsforstbeamten verändert sind, Schwierigkeiten in der Beschaffung der Adler und Wappenknöpfe ergeben, so ist uns darüber in der geeigneten Zeit Bericht zu erstatten, woraufhin wir die Herstellung der entsprechenden Stanzen nähertreten werden. gez. v. Keil". An sämtliche Oberförsterei.

Da der ehemalige König von Preußen jetzt Privatwaldbesitzer ist, so wird durch diese Anordnung eine mißbräuchliche Aneignung früherer preußischer Hoheitsabzeichen erfolgen. Diese Aufforderung verstößt gleichzeitig gegen das Gesetz über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten vom 31. März 1837, gegen das Gesetz, betreffend den Forstdiebstahl vom 5. April 1878 und gegen das Feld- und Forstpolizeigesetz in der Fassung der Bekanntmachung. Was gedenkt es gegen diese sehr starke Anmaßung zu tun?

Ehrengericht über Tresckow.

Das Ehrengericht des Vereins der Offiziere des ehemaligen Königl. Preußischen (Brandenburgischen) Dragoner-Regiments Nr. 2 hat über den ehemaligen Leutnant v. Tresckow folgenden Spruch gefällt: „Der Leutnant a. D. Hasso v. Tresckow ist schuldig der Verletzung der Standesehre mit Beauftragung des Ausschlusses aus dem Offiziersverein".

Hasso v. Tresckow, Mitglied des Jungdeutschen Ordens, wurde von Großgrundbesitzern um Herrn v. Keudell, dem jetzigen Reichsinnenminister, gesellschaftlich verfemt, weil er die Treibereien der Rechtsputschisten in der Neumark seiner Ordensleitung mitgeteilt hatte. Der Reichskanzler Marx hat ihn unehrenhafter Handlung beschuldigt, ohne daß er einen Beweis dafür beibringen konnte, nur um v. Keudell zu halten.

Die gesellschaftliche Feme gegen Herrn v. Tresckow, der Herr Marx durch seine nicht zu rechtfertigende Haltung neuen Auftrieb gegeben hatte, geht fort. Tresckow soll niedergebrochen werden.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Graf Westarp erklärt.

Berlin, 24. Mai. (Eig. Funkm.). In einem Verteidigungsartikel „Der monarchistische Gedanke und die deutschnationale Volkspartei" bekämpft Graf Westarp in der Kreuzzeitung die Auffassung, der Verfassungseid bedeute ein Gesinnungsbekenntnis zur Republik. Davon könne keine Rede sein. „Der Verfassungseid der Minister und Beamten enthält die Verpflichtung, die Verfassung zu wahren und die Gesetze zu beachten, verpflichtet aber nicht zu einem Gesinnungswechsel innerer Zustimmung zu der durch die Revolution und in der Weimarer Verfassung geschaffenen Lage". Von Doppelspiel und Doppelzüngigkeit könne gar keine Rede sein. Wovon nun jeder Deutsche überzeugt sein wird.

Ferner erklärt der Graf, kein Mensch unter den Deutschnationalen sei so töricht, die unmittelbare Wiederherstellung der Monarchie als eine Aufgabe der Gegenwart anzusehen. Die Verhandlungen um das Republikschutzgesetz hätten bestätigt, daß für die Gegenwart die politische Aufgabe, die Monarchie wieder herzustellen, nicht gelöst und ohne schweren Schaden für das Land nicht einmal gestellt werden kann. Die Deutschnationalen arbeiten lediglich daran, in dem deutschen Volke den Kaisergedanken lebendig zu erhalten.

Der Mädchenmord aufgeklärt.

Berlin, 24. Mai. (Eig. Funkm.). Der Mädchenmord in Berlin-Lichtenberg hat nach im Laufe des Montag abend seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich bei den beiden Toten um den 22 Jahre alten Wagenbauer Erich Müller und seine 18 Jahre alte Freundin Ida Kurgan, die beide befreundet waren und in gleichem Hause wohnten. Das Mädchen wollte das Verhältnis lösen. In der Nacht zum Montag war es mit ihrem neuen Freund nach Hause gekommen, wo Müller sie erwartete. Im Laufe der Aussprache beging dann Müller den Mord und Selbstmord.

Wohnungsbau in Bayern.

München, 24. Mai. (Eig. Funkm.). Nach einer Mitteilung des bayerischen Sozialministers wurden im vergangenen Jahre staatliche Bauzuschüsse in Höhe von 46,3 Millionen Mark herausgegeben. Die Zahl der seit 1919 mit Hilfe staatlicher Mittel erichteten Wohnungen beträgt 67 562. Herzu kommen noch zirka 2400 Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Zurzeit fehlen in Bayern immer noch 60 000 Wohnungen.

Der Generalstabschef unter Spionageverdacht.

Berlin, 24. Mai. (Eig. Funkm.). In Komno wurde der frühere Chef des litauischen Generalstabes, General Kleschinski, wegen Spionage zu Gunsten Rußlands verhaftet.

Hakenkreuzlerkrach in Berlin.

Berlin, 24. Mai. (Eig. Funkm.). Am Montag abend wurden in Berlin abermals 18 nationalsozialistische Radauhelden von der Polizei festgenommen. Da die nationalsozialistische Partei in Berlin verboten ist, hatte der „Deutsche Frauenorden" als Unhänger der nationalsozialistischen Organisation eine Versammlung angekündigt, in der der Nürnberger Nationalsozialist Streicher über „Der Jude und die deutsche Frau" sprechen sollte. Auch diese Versammlung war verboten worden, da sie nur eine Umgehung des bestehenden Verbots darstellte. Trotzdem versammelten sich etwa 250 Nationalsozialisten und führten sich in der unflätigsten Weise gegen die Polizeibeamten auf.

Ein Herzog, der keine Steuern zahlt.

Weimar, 24. Mai. (Eig. Funkm.). Im Kreisrat des Landkreises Gotha kam zur Sprache, daß der ehemalige Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha keinen Pfennig an Real- und Mietzinssteuer bezahlt hat, seitdem auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts vom Juni 1925 ihm das Vermögen zurückgegeben worden ist. Der Landrat erklärte, der Fehlbetrag im Haushaltsplan des Kreises wäre längst gedeckt, wenn der Herzog seine Steuern bezahlen würde. Der Kreisrat besitzt eine bürgerliche Mehrheit, aber auch sie mußte es als einen unhaltbaren Zustand bezeichnen, daß dieser reiche Großgrundbesitzer sich um das Steuerzahlen drückt, weil man angeblich mit seiner Veranlagung nicht fertig geworden sei. Die sozialdemokratische Fraktion des Thüringer Landtages hat in einer Anfrage an die Landesregierung Auskunft verlangt, weshalb die Veranlagung des Herzogs noch immer nicht erledigt worden sei.

Nochmalige Untersuchung.

Paris, 24. Mai. (Eig. Funkm.). Der Populaire meldet, daß der Gouverneur des amerikanischen Staates Massachusetes angesichts des Protestes der ganzen Welt gegen die beabsichtigte Hinrichtung von Sacco und Vanzetti beschlossen hat, eine neue Untersuchung einzuleiten, und nochmals alle Zeugen zu vernehmen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Paris, 23. Mai. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die unterbrochen worden waren, um den Delegierten zu gestatten, an der Genfer Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, werden dem „Temps" zufolge am Dienstag, den 24. Mai, wieder aufgenommen werden. Die erste Sitzung findet nachmittags 4 Uhr im Handelsministerium statt.

England gegen Rußland.

Kein neues Handelsabkommen? Abbruch der Beziehungen?

London, 23. Mai. Das britische Kabinett trat am Montag erneut zusammen, um den lange hinausgeschobenen endgültigen Beschluß über die Frage der weiteren Beziehungen zu Rußland zu fassen. Dem Kabinettsrat ging eine private Besprechung zwischen Chamberlain und dem Ministerpräsidenten voraus, der große Bedeutung zugeschrieben wird. Die Minister haben während des Wochenendes Gelegenheit gehabt, alle bei der Durchsuchung des Sowjethauses vorgefundenen Dokumente in englischer Uebersetzung kennen zu lernen. Des ferneren ist ihnen ein Memorandum, welches im Foreign Office ausgearbeitet worden ist, vorgelegt worden, das die Konsequenzen der verschiedenen in der augenblicklichen Situation möglichen Schritte, und zwar 1. durch Entsendung einer Note, 2. durch Beendigung der Handelsbeziehungen und 3. Beendigung der diplomatischen Beziehungen, erörtert.

Die Beschlüsse des Ministerrats, welcher nur zwei Stunden dauerte, sind zur Stunde nicht bekannt; es ist aber doch durchgesickert, daß bis zum letzten Augenblick große Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts herrschten. Des weitern ist bekannt geworden, daß führende Persönlichkeiten des Handels und der Industrie während des Wochenendes bei einzelnen Ministern nachdrücklich geworden und mit allem Nachdruck wirtschaftlichen Nachteile des Abbruchs der Handelsbeziehungen betont haben.

Der Eindruck in politischen Kreisen Londons ist der, daß auf jeden Fall mit einer Beendigung des Handelsabkommens in seiner gegenwärtigen Gestalt zu rechnen ist, des ferneren gilt als mehr oder minder sicher, daß mit einer Auflösung der sowjetrussischen Handelsdelegation in London selbst zu rechnen ist und da der amtlichen Charakters der Handelsdelegation wegen auf direktem Wege nicht möglich ist, will die englische Regierung auf indirektem Wege vorgehen, der darin besteht, daß sie sämtliche Angestellte der russischen Handelsdelegation ausweist. Dem Ministerrat liegt eine überaus scharfe Note des Außenamtes fiz und fertig vor, von derem Inhalt nur das Eine feststeht, daß die englische Regierung alle Schadenersatzansprüche aus der Besetzung des Sowjethauses zurückweist.

Parlamentarisch ist folgendes Vorgehen für Dienstag geplant: Vorerst Erklärung des Innenministers über das Resultat der Arcosaktion, hierauf Rede Baldwins oder Chamberlains, in welcher die Montagsbeschlüsse bekanntgegeben werden und über das fernere Schicksal der Handelsdelegation entschieden wird.

*

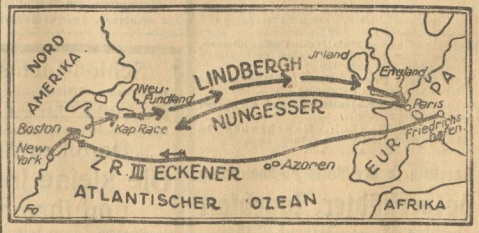
Rußland fürchtet den Bruch mit Frankreich.

Paris, 23. Mai. Der russische Außenminister Tschitscherin, der am Sonntag abend in Paris eingetroffen ist, hatte am Montag eine Besprechung mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Berthelot, gehabt. Man bringt diesen plötzlichen Besuch des russischen Volkskommissars mit der am Dienstag in London in der Frage der englisch-russischen Beziehungen zu treffenden Entscheidung zusammen. In Sowjetkreisen scheint man nämlich zu befürchten, daß Frankreich, falls England mit Rußland bricht, diesem Beispiel folgen könnte. Es verlautet, daß Tschitscherin beauftragt sei, der französischen Regierung gewisse Konzessionen in der Schuldenfrage anzubieten gegen die Versicherung, nichts gegen die Sowjetrepublik zu unternehmen. Tschitscherin wird am Mittwoch nach Frankfurt a. M. weiterreisen.

Gemeindewahlen in Warschau.

Warschau, 23. Mai. Bei den am Sonntag in Warschau stattgefundenen Gemeindewahlen hat die Sozialdemokratie einen bedeutenden Sieg errungen. Von den 120 Sitzen wird sie etwa 28 Mandate im Stadtrat inne haben, während ihr bisheriger Besitzstand 22 betrug. Die Rechtsparteien haben ein Drittel der Mandate eingebüßt, während ein der Regierung unterstützter demokratischer Block 15 Mandate erhalten wird. Für die ungültig erklärte kommunistische Liste wurden demonstrativ etwa 60 000 Stimmen abgegeben.

Lindbergh — der Held des Tages.



Die zurückgelegte Strecke.

Charles Lindbergh,
der mutige Bezwinger des Luftozeans.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0003

Total-Ausverkauf!!

Wir sind gezwungen, unser gesamtes Warenlager wegen bevorstehender Räumung des Lokals zu unerhört billigen Preisen zu verkaufen. Es gelangen zirka

7000 Paar

Damen-, Herren-, Kinder-Schuhe und Stiefel
Hausschuhe, Pantoffeln,
Turnschuhe und Sandalen

zum Verkauf. Die neuesten Dessins, die neuesten Modelle sind auf Lager in den Modefarben grau, braun, beige, rosenholz, imitiert Eidechs, imitiert Schlangenhaut.

Da wir das Lager restlos räumen wollen, haben wir uns entschlossen, ohne Berücksichtigung des Einkaufspreises die Preise bis zu

50 Prozent

herabzusetzen. Versäumen Sie nicht, die günstige Gelegenheit wahrzunehmen. Der Verkauf beginnt

ab Mittwoch, den 25. Mai 1927, vormittags 8 Uhr.

Wedde's Schuhwarenhaus

Breiteweg 42-43 **Halberstadt a. Harz** **Breiteweg 42-43**

Staubverhütendes
Fußboden-Oel
z. Erzielung ein. **reinen gesunden Luft** im Zimmer, Kontor, Lager und in Verkaufsräumen usw. Mein **Fußbodenoel** ist geruchlos, fettet nicht nach.
Fritz Bösche
Breiteweg 11-12

Möbelpolitur
Rats-Apotheke.

Schützen Sie sich gegen Fliegen!
Fliegengewebe in allen Abmessungen liefert auch an Private
Fritz Krippner,
Drahtwarenfabrik
Roonstr. 11 Roonstr. 11

Merz'sche Salbe gegen Flechten
Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke.

Sprudelnde
Fichtennadel-Bäder
1 Bad 30 Pfg.
F. E. Günther, Drogerie

Prima Fußboden-Oel
helle Ware, Pfd. 0.40 Mk.
bei **Lack-Behrens,** Dominikanerstr. 25

כשר
Mittwoch, 9½ Uhr ab
Fleisch-Verkauf
Adolf Ebeling,
Voigtei 28/30,
Tel. 1904. Tel. 1904

FLECHTE
Jucken. Ausschlag Hämorrhoiden, Beinkrankheit, wird erfolgreich mit **Leupin-Creme** behandelt. Erhältlich: Drog. Bösche, Breiteweg. Drogerie Schilling, Martinsplan.

Die kleine Dietz-Reihe

Unsere kleine Reihe stellt die billigste und wertvollste Bibliothek dar

Hans Baluschek: **Großstadtgeschichten,** mit Zeichnungen des Verfassers, Ganzl. 1.30 M. kart. 0.70 M.
Martin Andersen-Nexö: **Der Lotterieschwede,** eine Erzählung mit vielen Federzeichnungen kart. 0.70 M.
Wilhelm Blos: **Florian Geyer,** ein Lebens- u. Charakterbild a. d. großen Bauernkrieg 1525 Ganzl. 1.60 M., kart. 0.90 M.
Heinrich Cunow: **Politische Caffeehäuser.** Pariser Silhuetten aus der großen französischen Revolution 1793, kart. 1.00 M.
Josef Maria Frank: **Unus Multorum,** die Geschichte eines Selstmordes, Ganzl. 1.40 M.
Josef Roth: **Der blinde Spiegel,** ein kleiner Roman, Ganzl. 1.60 M.
Friedrich Wendel: **Geschichte in Anekdoten,** mit vielen Abbildungen Ganzl. 1.40 Mk., kart. 0.90 M.

Vorrätig in der Volks-Buchhandlung
Halberstädter Tageblatt
Domplatz 48 :: Fernruf 2313

Für die warmen Sommertage
ist die angenehmste und leichteste Kleidung für Knaben und Herren das vielbeliebte
Sporthemd
offen und geschlossen zu tragen
Heinrich May.
SPORT HEMDEN

Patentingenieur Böhme
HALBERSTADT, BREITEWEG 29
Mitglied des Verbandes beratender Pat.-Ing

Aus Wernigerode

Am Freitag, den 27. Mai 1927, nachm. 5 Uhr findet im Stadtverordneten-Sitzungszimmer des Rathauses eine

Stadtverordneten-Versammlung

mit nachstehender Tagesordnung statt.

Oeffentliche Sitzung.

1. Beschlußfassung über die Gültigkeit der Feststellung des Ersatzmannes Otto Kabelitz für einen ausgeschiedenen Stadtverordneten.
2. Einführung und Verpflichtung des Genannten.
3. Geschäftliche Mitteilungen
4. Ersatzwahlen für verschiedene Deputationen.
5. Wahl des stellv. Schiedsmanns für den Oberpfarrbezirk.
6. Wahl des Verwaltungsrats für die städt. Werke.
7. Berichtigung eines Nutzgebaltsdienstaliers.
8. Bürgschaftsübernahme für ein Baudarlehn.
9. Ausbau der Wasser-Pumpanlage in Schöner's Garten.
10. Fortführung der Stadtentwässerung.
11. Fußbodenerneuerung im kleinen Saal des Kurhauses.
12. Weiterer Ausbau des Flugplatzes.
13. Verschiedene Bewilligungen.
14. Feststellung des Gymnasial-, Forst- und Hauptbaushaltsplanes sowie Festsetzung der Gemeindesteuerzuschläge für 1927.
15. Entlastungserteilung für die Jahresrechnung der gewerblichen Berufsschule für 1925.

Wernigerode, den 23. Mai 1927.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Bächting.

Schloß-Lichtspiele
Dienstag — Mittwoch — Donnerstag
Täglich 7 Uhr und ½9 Uhr
Das entzückendste Lustspiel in 7 Akten
mit **Dorothea Wieck** in
Die kleine Inge . . . und ihre 3 Väter
Janchzendes Lachen erschallt über die Backfischstreiche der „süßen kleinen Inge"
Im Beiprogramm:
Der Selbstmordkandidat
Neuzeitliche Wasserkraftanlagen
Deulig-Welt-Wochenberichte.

Städt. Badeanstalt
Ottostraße 31
Geöffnet alle Tage
für Dampf-, elektr., medizinische, Wannen- und Brausebäder, Massagen
Mittwoch und Sonnabend nachmittag von 2 bis 7 Uhr ermäßigte Preise für Wernigeröder Bürger.
Wannenbad 50 Pfg., mit Soole oder Fichten 1 Mk. Brausebad: Erwachsene 25 Pfg., Kinder 15 Pfg. Es ist so jedem Gelegenheit gegeben billig zu baden.
Motto: Gesundheit ist das höchste Gut
Körperpflege verlängert das Leben.
Bademeister Schliephake.

Sommerbekleidung
in
Loden-,
Leinen- und Lüster-Sachen

Arbeiter-
Berufs- und Sportbekleidung
in dauerhaften Ia haltbaren Qualitäten
in allen Größen sowie auch Bauchweiten
kaufen Sie am besten und billigsten nur im Spezialgeschäft bei
Gustav Germer
nur Johannisstraße Nr. 4, 1 Treppe.

NB. Einen Posten
Stoff-Gummi-Mäntel
guter Qualität habe ich billig anzubieten.
Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 121. Mittwoch, 25. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Der Kampf in der Angestellten-Versicherung.

Gruppentagung des deutschen Werkmeister-Verbandes in Halberstadt.

Am Sonntag fand im Elysium die Gruppentagung der 38. Gruppe des deutschen Werkmeisterverbandes statt. Nachdem die Tagung durch einige vom Gesangverein Einigkeit vorgetragene Lieder eingeleitet war, begrüßte der Gruppenvorsitzende, Kollege Müller, die Erschienenen. Auch der Vorsitzende des Halberstädter Ortsvereins hieß die Delegierten in Halberstadts Mauern herzlich willkommen. Sämtliche Ortsvereine außer Barby waren vertreten. Koll. Heuke gab zunächst den Kassenbericht. Nachdem von den Revisoren der Kassenbestand für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde dann beschlossen, daß in Zukunft das laufende Geschäftsjahr am 31. Dezember abschließen soll. Außerdem wurde nach einer ausgiebigen Aussprache ein Antrag angenommen, daß die von der letzten in Schönebeck stattgefundenen Gruppentagung gefaßten Beschlüsse betr. Unterstützungsbeiträge für die ausgesteuerten erwerbslosen Kollegen und die Witwen und Invaliden durchgeführt werden müssen. Diejenigen Bezirksvereine, die ihren Verpflichtungen bisher nicht nachgekommen sind, sollen das nachholen.

Dann hielt Koll. Dr. Croner, Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Verbandes einen Vortrag über das Thema:

Der Kampf in der Angestelltenversicherung.

Er führte u. a. aus: Am 8. April hat der deutsche Reichstag ein Gesetz beschlossen, das bestimmt, daß die Wahlen zu den verschiedenen Versicherungen gleichzeitig stattfinden. Somit kommen wir noch in diesem Jahr zu den Wahlen für die allgemeine Angestelltenversicherung. Warum geht es bei diesen Wahlen und welchen Zweck hat die Versicherung?

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es zwei Klassen, die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber. Der Arbeitnehmer ist bei der Strafe des Verhungerns dazu verpflichtet, seine Arbeitskraft, das einzige Gut, da er besitzt, zu verkaufen. Wo wird nun aber, wenn er nicht mehr in der Lage ist, diese zu verwerten, wenn er zu alt oder krank ist? Früher sagte man einfach: das interessiert uns nicht, dafür müßt ihr selbst sorgen. Der ganzen Energie der freien Gewerkschaftsbewegung hat es bedurft, die Versicherung zu erkämpfen.

Was leistet nun die Versicherung? Nach Erreichung des 65. Lebensjahres oder des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit erhält der Versicherte mit Grundbetrag, Zusatzsteigerung, sogenannten Kinderzuschuß usw. ein jährliches Ruhegehalt von 650 ℳ. Das macht im Monat ganze 53 ℳ. Nach dem Tode des Versicherten erhält die Witwe sechs Zehntel und jedes Kind fünf Zehntel des Ruhegehalts. Das gilt aber erst seit 1925. Vorher war Grundgehalt usw. bedeutend niedriger. Unser Verband war es, der im Anbund den Kampf für eine Besserstellung eröffnete. Aus den Jahresberichten des Reichsversicherungsamts ergeben sich interessante Tatsachen. Im Voranschlag des Haushalts für 1925 wurden folgende Zahlen festgestellt: Einnahmen 133 Millionen, Rücklage 89 Millionen Mark. Das war die beste Grundlage für unsere Verbände, eine 100proz. Erhöhung der Renten zu fordern. Der Reichsarbeitsminister wollte 33⅓ Prozent bewilligen. Schließlich wurden die Leistungen und die Beiträge um ⅓ erhöht. Die endgültige Abrechnung des Haushalts 1925 zeigte aber noch ein ganz anderes Bild wie der Voranschlag. Die Einnahme betrug 210 Millionen und die Rücklage nur 44½ Millionen Mark. Für 1926 wurden an Einnahmen 287 Millionen und an Rücklage 207 Millionen Mark festgestellt. Das Vermögen des Reichsversicherungsamts ist damit auf über eine halbe Milliarde angewachsen, in einer Zeit, wo

monatlich 53 Mark Rente gezahlt werden.

Das alles ist geschehen unter Mithilfe der Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Unsere Forderungen, **grundsätzliche Heraufsetzung der Leistungen und Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre** sind das Mindeste, was verlangt werden kann. Eine große Ungerechtigkeit ist es auch, daß ein Angestellter erst nach Entrichtung von 120 Monatsbeiträgen versicherungsberechtigt ist, weil ja jeder Werkmeister erst Arbeiter war und nur für die Invalidenversicherung besteuert hat. Die Beitragszahlung zur Invalidenversicherung muß deshalb mit angerechnet werden.

Die Frage der Selbstverwaltung.

Um die Gesetze zur richtigen Ausführung gelangen zu lassen, muß der Einfluß der Versicherten im Versicherungsamt ausschlaggebend sein. Der Reichstag hat jetzt das sogenannte Pluralwahlrecht eingeführt, das aber nicht unsern Forderungen genügt. Während der letzten Wahl hatten die verschiedenen Arbeiterverbände gemeinsame Listen aufgestellt. Bei der im November d. Js. stattfindenden Wahl zum Verwaltungsrat des Reichsversicherungsamts werden die Verbände eigene Listen aufstellen, die nachher in Listenverbindung gebracht werden. Es muß immer wieder betont werden, daß die letzte Entscheidung auch bei der Angestelltenversicherung bei dem Reichstag liegt. Es gibt tausende von Werkmeistern, die gute freie Gewerkschaftler sind, aber bei Reichstagswahlen nicht so vorurteilsfrei denken können, nicht die Gegner der freien Gewerkschaften zu wählen. Eine freie Gewerkschaft muß, um existieren zu können, politisch neutral sein, das heißt aber nicht, daß

der Werkmeister unpolitisch sein muß.

Wir wollen mithelfen, an der sozialen Ausgestaltung der Republik, an der Ausgestaltung der Sozialversicherung und an der Besserstellung der arbeitenden Klasse. (Lebhafter Beifall.)

Der ausgezeichnete Vortrag rief eine lebhafte Aussprache hervor. Mehrere Redner schnitten die Frage der Verschmelzung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung an.

In seinem Schlußwort meinte Dr. Croner, diese Frage kann erst zur Diskussion gestellt werden, wenn die Lasten des Krieges, unter der die Invalidenversicherung jetzt zu leiden hat, nicht mehr so kraß sind. Würde die Verschmelzung jetzt vorgenommen, hätten weder die Arbeiter noch die Angestellten Vorteile davon. Redner schloß dann mit dem Wunsch, daß die Werkmeister alles daran setzen, um der Liste des Afabundes zum Siege zu verhelfen.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst die Frage erörtert, ob die Unterstützungskasse für ausgesteuerte Kollegen beibehalten werden soll. Nach einer lebhaften Diskussion wurde ein Antrag angenommen, den vorhandenen Fond auszuzahlen und die Sache erst in den nächsten Mitgliederversammlungen zur Sprache zu bringen.

Ferner wurde beschlossen, die Unterstützung für die Witwen und Invaliden wegen der technischen Schwierigkeiten wieder fallen zu lassen. Angenommen wurde außerdem der Antrag, für die Gruppe 38 ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Die Sache ist für die Gruppe von Interesse, weil in einem kleinen Mitteilungsblatt interne Gruppenangelegenheiten besser verwertet werden können, wie in der großen Verbandszeitung. Mit der Einführung des Mitteilungsblattes ist eine Erhöhung der Beiträge auf 25 ₰ verbunden, der ebenfalls zugestimmt wurde. Als Schriftleiter wurde Koll. Köppe gewählt. Ebenfalls wurde eine Pressekommission bestimmt.

Der Vorstandswahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des alten Gesamtvorstandes. Erweitert wurde der Vorstand noch durch den Koll. Ostwaldt-Nachterstedt. Es wurde dann festgestellt, den nächsten Gruppentag in Burg abzuhalten. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch über Verbandsleistungen diskutiert.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende Koll. Müller den Delegierten den Dank für ihre Mitarbeit aus und schloß die Tagung mit einem Hoch auf den deutschen Werkmeisterverband.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 24. Mai.

Die Spareinlagen

bei den preußischen Sparkassen werden für Ende des Jahres 1926 mit 1965,9 Millionen Mark gegenüber 1059,1 Millionen Mark Ende 1925 ausgewiesen. Die Zunahme beträgt 85 Proz. des Einlagebestandes von Ende 1925.

Angelegt waren von sämtlichen preußischen Sparkassen u. a. in Wechseln und Schecks 138,9 Millionen Mark, in Guthaben bei anderen Geldanstalten 547,7 Millionen Mark, in Wertpapieren 407 Millionen Mark, in langfristigen Krediten 1068,86 Millionen Mark, in langfristigen Hypothekendarlehen 518,37 Millionen Mark und in Darlehen an öffentliche Körperschaften 228,5 Millionen Mark. Der Bestand an Wertpapieren betrug Ende 1925 nur 55,3 Millionen Mark. Von den 407 Millionen Mark Ende 1926 ausgewiesenen Wertpapieren entfallen rund 118 Millionen Mark auf Reichs- und Staatspapiere und 288,8 Millionen Mark auf sonstige mündelsichere Papiere. Die Hypothekarkredite steigerten sich in der gleichen Zeit von 198,9 Millionen Mark auf 518,3 Millionen Mark; davon sind rund 400 Millionen Mark auf städtische Grundstücke und 117,80 Millionen Mark auf ländliche Grundstücke verliehen. Der Hypothekarkredit machte Ende 1926 rund 26,5 Proz. der gesamten Sparanlagen aus. Dagegen ist im kurzfristigen Kreditgeschäft keine wesentliche Steigerung eingetreten.

Wenn man also den Sparkassen vorwirft, daß sie entsprechend den volkswirtschaftlichen Interessen das langfristige Kreditgeschäft nicht pflegen, so trifft das nicht zu, wie die Zahlen beweisen.

---

* **Da neue Reichsluftkursbuch.** Dieser Tage ist die achte Ausgabe des vom Reichsverkehrsministerium herausgegebenen, amtlichen Reichsluftkursbuches erschienen. Das Kursbuch enthält die Flugpläne von mehr als 70 Fluglinien im In- und Auslande, soweit sie von der Deutschen Luft-Hansa oder in Verbindung mit ihr betrieben werden, sowie 39 ausländische Fluglinien. Die Flugpläne des gesamten planmäßigen Luftverkehrs der Welt sind in dem Kursbuch verzeichnet. Nähere Angaben über Flugpreise, Zubringerdienst, über das Verhalten im Flugzeug, Verzeichnisse der Luftpostgebühren und der Flugscheinverkaufsstellen ergänzen das Kurbuch.

* **Maschinenstenographie!** Zur Pflege der Maschinenstenographie haben sich in einigen größeren Städten Deutschlands bereits Maschinenstenographen-Vereine gebildet. Um die Einheitlichkeit auf diesem Gebiete zu wahren und die Kenntnis der Maschinenstenographie weiteren Kreisen zu vermitteln, ist in den Ostertagen in Dresden der Deutsche Maschinenstenographenbund „Urania-Steno" (System Autenrieth) gegründet worden. Die in der letzten Zeit durch die deutsche Presse gegangenen Notizen über eine französische Steno-

---

Die Jagd nach dem Glück.

Roman von Hans Schulze.

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Ein lederriemenumgürteter Gabardinekavalier beugte sich mit einem erstarrten Zirkuslächeln gerade zu ihr herab.

Irgendwo im Hintergrund wimmerte ein Klavier zur Erhöhung der Stimmung einen schmachtenden Modeboston.

Als die Szene zu Ende gespielt war, sprang Marion auf und zog Dr. Hardt in die an den Aufnahmeraum anstoßende Stargarderobe.

„Ein Statist hatte die erste Szene umgeworfen!" sagte sie ärgerlich. „Die ganze Aufnahme muß wiederholt werden, und ich darf mich zum Vergnügen der Einwohner für diesen unsäglichen Kitsch sogar noch einmal umkleiden!"

Eine Handbewegung scheuchte die aufwartende Garderobenfrau hinaus, dann bot sie Dr. Hardt ihr Zigarettenetui und nötigte ihn auf einen Stuhl am Fenster, das über ein Gewirr von braunroten Dächern und Schornsteinen in den dunstverschleierten Himmel sah.

Sie selbst ließ sich vor ihrer Frisiertoilette nieder, und wirtschaftete nervös zwischen den Schminktiegeln und Salbentöpfen herum.

Ihre Hände zitterten wie im Fieber, jetzt erst sah Dr. Hardt, wie seltsam erregt, fast verstört sie war.

Dann sprang sie in ihrer jagenden Unruhe mit einem Male wieder unvermittelt auf.

„Wissen Sie, Doktor," sagte sie, „auch diese Garderobe eignet sich nicht so recht für unsere Unterhaltung, denn ich habe ernst, sehr ernst mit Ihnen zu reden. Wenn es Ihnen nichts ausmacht, so kommen Sie lieber heute nachmittag zu mir zum Tee. Meine alte Marinka, die Sie ja noch von früher her kennen, soll uns ihre beliebten Indianerkrapfen backen. Ich wohne jetzt Bozenerstraße 2a, dicht am Bayerischen Platz!"

XV.

Als Dr. Hardt wieder im Auto saß, fiel ihm plötzlich ein, daß er seit dem frühen Morgen nichts mehr genossen hatte, nach der ununterbrochenen Hetzjagd des Vormittags meldete sich endlich der Hunger.

Er ließ daher seinen Wagen vor einem kleinen Weinrestaurant in der Französischen Straße halten, und stellte während des Essens aus dem Telephonbuch die Adresse eines Detektivinstituts fest, dessen Leiter, ein früherer Offizier, ihm noch aus dem Felde bekannt und vertrauenswürdig war.

Zehn Minuten später stieg er in einem neuerbauten Geschäftspalast der Friedrichstraße zur Detektei Argus hinauf und wurde hier von Herrn Direktor Adams, einem mit peinlichster Sorgfalt gekleideten Herrn von intelligentem Aeußeren, in einem amerikanisch eingerichteten Büro empfangen.

„Ich komme in der Angelegenheit meines Freundes, des Barons v. Wehrstädt!" sagte er nach der ersten Begrüßung. „Von Herrn Justizrat Hirschhauer, der die Verteidigung übernommen hat, ist mir die Aufklärung einiger wichtiger Punkte ans Herz gelegt worden, mit der ich Ihr Institut betrauen möchte! Ich darf wohl annehmen, daß Ihnen der Fall Wehrstädt in großen Umrissen bekannt ist?"

Der Direktor bewegte bejahend das wohlgescheitelte Haupt.

„Soweit ich mir aus den Presseberichten ein Bild machen konnte, gewiß! Sie gestatten wohl, Herr Doktor, daß ich Ihre Mitteilungen sofort in einem kurzen Stenogramm festhalte!"

— — — — — — — — — — — —

„Es würde sich also im wesentlichsten um zwei Fragen handeln, die der Beantwortung bedürfen!" sagte er dann, als Dr. Hardt seinen Bericht beendet hatte. „Erstlich, in welchem Spielklub Herr von Wehrstädt seinen Gewinn gemacht, und zweitens, wer ihn dort eingeführt hat! Ist übrigens bekannt, ob von seiten der Kriminalpolizei in dieser Richtung bereits Feststellungen stattgefunden haben?"

Dr. Hardt zuckte die Achseln.

„Allerdings, aber wie ich vom Untersuchungsrichter hörte, ohne jeden Erfolg. Die Sache liegt ja auch insofern nicht ganz einfach, als sich Herr von Wehrstädt nur entsinnen kann, daß die Autofahrt zu dem fraglichen Klub am Landwehrkanal entlanggegangen ist. Eine bestimmte Straße vermag er dagegen nicht anzugeben, wie für ihn über den ganzen Vorgang überhaupt ja ein leiser Schleier liegt. Er leidet seit seinem Absturz mit dem Flugzeug an gelegentlichen leichten Bewußtseinsstörungen!"

Herr Direktor Adams dachte eine Zeitlang angestrengt nach, sein scharfes, von jeder Barthpur reingefegtes Diplomatengesicht stand in klaren Profillinien gegen das Fenster.

„Das Haus am Kanal", nahm er dann in seiner pointierten Sprachart wieder das Wort, „dürfte ohne besondere Schwierigkeiten zu ermitteln sein, obwohl erfahrungsgemäß sämtliche Hausangestellte sogleich an völliger Begriffsstutzigkeit erkranken, wenn nach einem gutzahlenden Spielklub polizeiliche Nachfrage gehalten wird. Glücklicherweise pflegen diese fliegenden Klubs aber in Privatwohnungen nach einem bestimmten Turnus zu spielen, so daß anzunehmen ist, daß auch die Umgebung des Landwehrkanals bald wieder einmal an die Reihe kommen wird. Ich werde diese ganze Straßengegend infolgedessen während der nächsten Nächte genau beobachten lassen! Selbstverständlich sind alle derartigen Feststellungen mit erheblichen Unkosten verknüpft!"

„Die Geldfrage spielt keine Rolle! Ich bin in der Lage Ihnen jede beliebige Summe zur Verfügung stellen zu können!"

Der Direktor nickte befriedigt.

„Ich werde noch heute abend alles Erforderliche veranlassen. Was die Persönlichkeit des gesuchten Herrn betrifft, so möchte ich vorschlagen, daß sich einer unserer Beamten unverzüglich nach Rotterdam begibt und in den letzten Passagierlisten der Südamerika-Dampfer die Namen der für uns irgend in Betracht kommenden deutschen Reisenden feststellt. Wahrscheinlich handelt es sich ja überhaupt nur um einige wenige Passagiere eines einzigen Schiffes, für dessen Ausreisetermin wir zudem in dem Datum der Mordnacht einen guten Anhalt besitzen. Da die Ueberfahrt von Holland ungefähr drei Wochen in Anspruch nimmt, dürfte sich der betreffende Herr noch an Bord befinden und über etwaige Beziehungen zu Baron von Wehrstädt und zu dem Verlauf der Spielnacht funkentelegraphisch unschwer zu befragen sein!"

Dr. Hardt erhob sich.

Die gewandte und strategisch umsichtige Art des ehemaligen Hauptmanns machten ihm einen vorzüglichen Eindruck.

„Ich bin mit all' Ihren Vorschlägen einverstanden und lege die Angelegenheit vertrauensvoll in Ihre Hände!"

Als Dr. Hardt wieder in seiner Wohnung eintraf, war der Nachmittag bereits weiter vorgeschritten.

Auf dem Schreibtisch seines Arbeitszimmers lagerte ein ganzer Stapel uneröffneter Briefe und Drucksachen, doch in der drängenden Unruhe seiner gespannten Stimmung nahm er sich kaum die Zeit zu einer flüchtigen Durchsicht und befahl seinem Diener, sofort ein Bad zu richten.

Dann kleidete er sich um und machte sich kurz vor sechs Uhr zu dem besprochenen Teebesuch bei Marion auf.

Die Bozener Straße lag neben dem wirbelnden Großstadtleben des Bayerischen Platzes in abseitiger Einsamkeit.

Nur ein paar halbwüchsige Kinder jagten sich auf dem Bürgersteig herum, und vor dem Hause Marions, dessen verschnörkelte Barockfassade sich prunkend aus der Umgebung der Nachbarhäuser heraushob, hielt ein einzelnes Droschkenauto, und der Chauffeur las die B. Z. am Mittag.

Dr. Hardt zog die Pförtnerklingel und öffnete dann die mächtige, mit einem schmiedeisernen Gitterwerk gesicherte Haustür.

In diesem Augenblick kam ihm aus dem Hausinnern eine elegant gekleidete junge Dame entgegen, die ihm in der kühlen, grünlichen Dämmerung der Vorhalle merkwürdig bekannt vorkam.

Er trat höflich zur Seite und stieg an ihr vorbei die teppichbelegte Marmortreppe hinauf.

Dann aber blieb er wie unter einem unwillkürlichen Zwange wieder stehen und schaute von der Höhe des ersten Treppenabsatzes durch die Haustür noch einmal zurück.

Die Dame hatte gerade den kleinen Vorgarten durchschritten, und stieg in das wartende Auto.

Das helle Nachmittagslicht lag mit scharfen Reflexen auf ihrem hübschen Gesicht, und den Umrissen ihrer schmalen Figur.

Dr. Hardt stutzte, das Herz schlug ihm auf einmal bis zum Halse herauf.

War denn das nicht dasselbe junge Mädchen, das er gestern abend in der Grunewaldkonditorei und bis zur Halensee Brücke verfolgt hatte?

Sekundenlang stand er unschlüssig.

Sollte ihn nicht doch vielleicht eine zufällige Aehnlichkeit getäuscht haben?

Mit zwei, drei Sätzen stürmte er plötzlich die Treppe wieder herab und riß die Tür der Vorhalle auf.

Als er dann aber aus dem Hause trat, war das Auto bereits verschwunden. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0005

graphiermaschine veranlassen zu der Feststellung, daß es sich bei dem erwähnten Bund nicht um die französische, sondern um die deutsche Stenographiermaschine der Clemens Müller A.-G., Dresden-N. handelt. Maschine und System sind im Gegensatz zur französischen Maschine für alle Sprachen verwendbar, bezw. übertragbar. Ein weiterer wesentlicher Unterschied liegt darin, daß die „Urania-Steno" auch als Korrespondenzmaschine verwendet werden kann. Damit bietet sie die Möglichkeit in absehbarer Zeit den allgemeinen maschinenstenographischen Schriftverkehr zu vermitteln.

— **Arbeiter-Sport- und Sängerkartell.** Heute Dienstag abend 8 Uhr findet eine gemeinsame Sitzung der Sänger und Sportler statt. Alle Delegierten und die Vorsitzenden der Vereine müssen hierzu erscheinen. Es gilt, das Programm zum Reichs-Arbeiter-Sporttag endgültig festzusetzen.

— **Himmelfahrtsausflug der Freien Sportvereinigung.** (Abtlg. Turner). Die freie Sportvereinigung veranstaltet zum Himmelfahrtstage einen Ausflug nach dem Dehrenfelde. Die Mitglieder und ihre Angehörigen sowie Freunde der freien Sportbewegung versammeln sich am Himmelfahrtstage um 1 Uhr mittags im Monopol zu gemeinsamem Abmarsch. Nachzügler kommen nach. Der Marsch geht durch die Himmelpforte, das Sandtal nach Dehrenfeld. Dort finden auf der Spielwiese die Spiele statt. Bei ungünstigem Wetter fällt die Veranstaltung aus. Es wird erwartet, daß sich alle Sportler mit ihren Angehörigen an diesem Ausmarsch beteiligen.

— **Kirchliche Intoleranz.** Durch unglückliche Verhältnisse hat hier ein junges Mädchen Hand an sich gelegt. Anstatt nun die Tote, welche an den Zuständen zerbrach, mit allen Ehren zu beerdigen, läßt die Kirche die Schuldlose auch über das Grab hinaus büßen, indem sich der Geistliche weigerte, im Talar zu folgen.

— **Standesamt.** In dem Standesamtsbezirk der Stadt Wernigerode sind in der Zeit vom 13.—19. Mai 5 Kinder geboren und 3 Ehen geschlossen. Gestorben sind: Ww. Johanna Trümpelmann geb. Schrader, 87 J., Glasmacher Oswald Strangfeld, 57 J., Karl Bodenstein, 6 Wochen, Rentner Friedrich Gröschke genannt Grosch, 84 J., Ww. Alwine Engelbrecht geb. Rosenberg aus Hamburg, 74 J., Herta Hermann, 18 J.

— **Stahlhelm und Feuerwehrjubiläum.** In Nöschenrode feierte die Feuerwehr ihr 50jähriges Bestehen. Der Stahlhelm, wohl veranlaßt durch die vielen Austritte der letzten Zeit, glaubte hier seinen Weigen blühen lassen zu können. Er teilte Flugblätter aus, um neue Mitglieder zu kapern. Diese Flugblätter wimmelten natürlich von Beleidigungen gegen Sozialdemokratie und Reichsbanner. Man sollte aber vorsichtig sein, mit den Behauptungen von Terror und Landesverrat, sonst könnte bei einer Beweisführung dem Stahlhelm angst und bange werden. Aber auch für die Feuerwehr selbst war diese Stahlhelmagitation sehr peinlich. Viele Feuerwehrleute haben sich bitter über diese Taktlosigkeit beschwert. Feuerwehrfeste sind keine „patriotischen" Veranstaltungen. Wenn weiter bei solchen Festlichkeiten Fahnen gezeigt werden, dann sollte, wenn man durchaus die deutsche Fahne nicht zeigen will, die Stadtfahne gehißt werden, aber nicht die schwarzweißrote Monarchistenfahne, denn unter den Feuerwehrleuten sind sehr viele, die überzeugte Republikaner sind. Das Hissen der deutschnationalen Parteifahne schafft nur peinliche Verlegenheit. Deshalb ist es auch zu fordern, daß die Gemeindevertretung darauf sieht, daß es in Zukunft nicht wieder möglich ist, daß der Pächter des Gemeindegrundstückes schwarzweißrot flaggt. Vor allem sollte die Gemeinde selbst die deutsche Fahne aufziehen oder hat sie keine? Man müßte es beinahe annehmen, weil nur die fürstliche und die Gemeindefahne gezeigt wurden. Sollte keine vorhanden sein, so wird es hohe Zeit, daß eine solche angeschafft wird. Im deutschen Reich muß die Reichsfahne schwarzrotgold wehen

— **Die Schloßlichtspiele** bringen Dienstag bis Donnerstag ein ganz allerliebstes, entzückendes deutsches Großfilm-Lustspiel in 7 Akten. „Die kleine Inge und ihre drei Väter". Das neue Lustspiel der Münchener Lustspielkunst A. G. ist zweifellos im Vergleich zu den letzten Emelkaschöpfungen auf diesem Gebiete die stärkste und originellste. Ohne Arbeit ist geschmackvoll, sauber, voll Humor und ohne Mätzchen, sie hat filmische Einfälle und versteht es, ein Spiel auf die Beine zu stellen, daß für das Publikum eine Erfrischung ist. Darstellerisch ist ein beschwingtes Zusammenspiel zu verzeichnen. Dorothea Wieck hat als Heldin Gelegenheit, einen teils tollen, teils gedämpften Backfisch frisch u. munter hinzulegen. Auch sportlich kommt sie gut weg. Marion, H. Hardt, C. M. Meyer sind charmante, bewegliche, gut aufeinander eingespielte Jünglingstypen. Unter den weiblichen Nebenrollen fällt Antoinette Hagen als lustige junge Witwe durch ihre rassige fein exotisch durchsetzte Erscheinung auf. In der Wahl des landschaftlichen Hintergrundes, in der Ausstattung steckt viel süddeutsche Liebe. — Als Beiprogramm laufen: Eine 2-Akter-Komödie „Der Selbstmordkandidat", ein Kulturfilm, Neuzeitliche Wasserkraftanlagen und die „Deulig-Wochenschau."

Aus Halberstadt.

Z. N. **Kleinrentner-Fürsorge.** Die Beihilfen für Juni werden Dienstag, den 31. Mai von 9—1 Paulsplan 27 gezahlt.

* **Arbeiter-Samariter-Kolonne.** Die hiesige Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes beginnt in nächster Zeit mit einem neuen Kursus über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen und häusliche Krankenpflege". Pflicht eines jeden wäre es, sich hierin Kenntnisse zu verschaffen. Es ist eine gute Sache, seinen Mitmenschen in der Not helfen zu können. Anmeldungen zu diesem Kursus, sowie Auskunft erteilt der 1. Vorsitzende W. Klingebiel, Wernigerödertor 38. Auch können Anmeldungen jeden Montag, abends 8 Uhr im Plantagengarten erfolgen. Gleichzeitig möchten wir jetzt schon auf unser am 1. Pfingsttage in Neu-Kamerun stattfindendes 6. Stiftungsfest hinweisen.

* **Sängerbund.** Heute abend Punkt 8 Uhr, übt der Männerchor. Morgen abend, gleichfalls um 8 Uhr, findet eine Vorstandssitzung statt. Der Vergnügungsausschuß sowie die Liederkommission nehmen daran teil. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß bei gutem Wetter am Himmelfahrtstage ein Familienausflug nach dem Hupf stattfindet. Die Sangesbrüder aus Dedeleben, Eilenstedt usw. treffen mir auf der Hupsburg.

* **9. Verbandstag des Feuerwehrverbandes.** Unter dem Protektorat des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen findet vom 8.—11. Juli in Mühlhausen in Thüringen der 9. Verbandstag des Feuerwehrverbandes der Provinz Sachsen statt, der mit einer Ausstellung von Feuerlöschgeräten usw. verbunden ist. Der Verbandstag wird sich vor allem mit den neuen Satzungen des Verbandes und der Wahl des ersten Vorsitzenden neben den üblichen organisatorischen Feststellungen und Berichten beschäftigen.

* **Wichtig für alle Harzwanderer.** Die Reichsbahn-Direktion Magdeburg hat eine neue amtliche Karte vom Harz und Kyffhäuser herausgegeben, die die wichtigsten Harzwanderungen, die besten Zugverbindungen und Kraftomnibus-Linien, ein Verzeichnis der Sonntagskarten nach dem Harz und eine Uebersicht von Hotelpreisen enthält. Die Karte ist für alle Harzwanderer eine unentbehrliche Ausrüstung und kostet an den Schaltern der Fahrkartenausgabe nur 30 Pfennig.

* **Das Molkereilehrlingswesen.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, fand am 18. Mai d. Js. im Preußischen Landwirtschaftsministerium eine Besprechung über aktuelle Fragen des Molkereiwesens statt. Die preußischen Landwirtschaftskammern, ebenso die Spitzenorganisationen auf dem Gebiete des Molkereigewerbes und des ländlichen Genossenschaftswesens hatten zu dieser Tagung Vertreter entsandt. In eingehender Besprechung wurde insbesondere zu der Frage der Ausbildung des Molkereipersonals Stellung genommen. Die vorgelegten Richtlinien fanden Billigung. Es ist damit zu rechnen, daß in Kürze schon das Molkereilehrlingswesen in Preußen einheitlich geregelt wird.

* **Tagung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten E. V.** im Bezirk der Oberpostdirektion Magdeburg. Der Bezirksverein umfaßt ungefähr 4000 Beamten der unteren Besoldungsgruppen der Deutschen Reichspost. Dies sind diejenigen Beamten, die am meisten mit dem Publikum in Berührung kommen. Das Publikum ahnt aber nicht, mit welcher wirtschaftlichen Not seine Briefträger zu kämpfen haben. Hier ist wirklich Not. Ein Postbote bezieht z. B. ein Anfangsgrundgehalt von 82 RM. ohne Steuerabzug und Sozialzuschläge pro Monat. Er befindet sich im 25.—35. Lebensjahre und muß wöchentlich 51—54 Stunden — oft bis 60 Stunden — dafür unregelmäßigen Tag- und Nachtdienst leisten. Der Vorsitzende Minisel wies durch Gehaltszettel nach, daß vielen Beamten kaum 60 RM. für Bestreitung des gesamten Lebensunterhalts zur Verfügung stehen. Keiner hat besseren Einblick in die Familien- und Wirtschaftsverhältnisse anderer Volkskreise wie der Briefträger, er sieht und fühlt die Not, befürchtet aber für sich durch seine Verschuldung eine noch tiefere Verelendung, — ja eine Katastrophe — wenn ihm nicht bald eine Hilfe wird. Der Reichsverband fordert daher bessere Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse, insbesondere die Ueberführung der alten Hefser und Arbeiter ins Beamtenverhältnis, da sonst zu befürchten, daß diese den Gemeinden zur Last fallen, er wünscht die Erhaltung des Landzustellers, damit auch der Landbevölkerung der Schutz des Briefgeheimnisses erhalten bleibt und erwartet von den maßgebenden Instanzen die schon oft durch Worte verheißene durchgreifende Gehaltsaufbesserung, und zwar als Kopfgeld, keine Prozentuale. Er glaubt, das Geld, was den Beamten gegeben wird, wirke am besten auf die Belebung der Wirtschaft und des Handels.

Reichsarbeitersportwoche

vom 20. bis 26. Juni!

Haltet die Tage frei und besucht die Veranstaltungen

* **Landeseisenbahnrat Magdeburg.** In der Sitzung des Landeseisenbahnrats Magdeburg, die am 20. Mai 1926 in Dessau stattfand, wurden — nach Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg — Geschäftsordnungsangelegenheiten und Ersatzwahlen für den Ständigen Ausschuß des Landeseisenbahnrats und den Reichseisenbahnrat erledigt. Ferner wurden von den Vertretern der Reichsbahndirektionen Magdeburg und Halle eingehende Darstellungen über die gegenwärtige Lage bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft allgemein und in den beiden Bezirken gegeben. Besonders behandelt wurden: 1. Die Fortentwicklung der Personen-, Gepäck-, Expreßgut-, Tier- und Gütertarife seit der letzten Tagung des Landeseisenbahnrats im September 1926. 2. Die Abwicklung des Herbst- und Frühjahrsverkehrs hinsichtlich der Wagengestellung. 3. Die Leistungen der Reichsbahn im Personenverkehr und die wichtigeren Aenderungen beim Fahrplanwechsel (Sommerfahrplan.) Aus dem Kreise der Mitglieder des Landeseisenbahnrats wurden beachtenswerte Anregungen gegeben U. a. wurde beantragt, den Tarif hinsichtlich der Berechtigung zur Benutzung von Arbeiterwochenkarten so zu ändern, daß der Begriff „Arbeiter" weiter gefaßt wird. Ferner wurden einzelne Fahrplanverbesserungen gewünscht. Prüfung wurde zugesagt.

* **Hauptversammlung des Volksbildungsvereins.** Am Montag abend fand die Hauptversammlung des Volksbildungsvereins statt. Es haben im Laufe des verflossenen Jahres 12 Vorträge und 1 Kammermusikabend stattgefunden. Der Kammermusikabend hätte besser besucht sein können. An Mitglieder zählt der Verein rund 1000. Im Gegensatz zu Aschersleben und Quedlinburg finanziert der Volksbildungsverein seine Veranstaltungen selbst, d. h. er arbeitet ohne städtischen Zuschuß. Zu bedauern ist es, daß die Arbeiterkreise im Verein nicht stärker vertreten sind, aber auch die anderen Kreise müßten sich mehr beteiligen. Früher habe es, wie Präsident Kaempfert ausführte, zum guten Ton gehört, dem Volksbildungsverein anzugehören. Der Büchereibericht zeigte ebenfalls eine Aufwärtsentwicklung der Buchentnahme an. Nach der Verlegung der Bücherei in einen Raum des früheren Amtsgerichts trat ein Rückgang ein, der wohl darauf zurückzuführen war, daß die Bücherei zu abgelegen liegt. Nachdem man sich aber an die neue Lage gewöhnt habe, zeigte die Aufwärtsentwicklung ein, sind doch nicht weniger als 1024 Bände im letzten Jahre gelesen worden. Im Laufe des neuen Geschäftsjahres soll die Bücherei durch eine Reihe neuer Bücher ergänzt werden. Der Vorstand wurde sodann in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Für den verstorbenen Direktor Schmidt, zu dessen Ehren sich die Versammelten von den Plätzen erhoben, wurde Lehrer Naffin und weiter zur Vervollständigung des Vorstandes Lehrer Lüttge gewählt. Dann beschäftigte man sich mit dem Arbeitsplan für das kommende Jahr. Bestimmte Beschlüsse faßte man noch nicht, weil man die am 12. Juni stattfindende Bezirkstagung abwarten will, die sich ebenfalls mit dem Programm für die nächste Saison zu beschäftigen hat. Es wurden allerdings einige Vorschläge erwogen und Referenten bzw. Vortragende genannt, die man gern wieder für Halberstadt gewinnen möchte, so z. B. Professor Richard Wilhelm, der hier während der außenpolitischen Woche über China sprach und schon vor einigen Jahren im Volksbildungsverein referiert hatte, den Kunsthistoriker Schürer, Frl. Mönteberg, eine ausgezeichnete Sprecherin, Sternberg, der einen Reuter-Abend gegeben hatte, dem Philosophen Professor Hennesser, der über Kant gesprochen hat u. a. Hoffentlich gelingt es der ausgezeichneten Leitung des Volksbildungsvereins, den vorgesehenen Arbeitsplan zur Durchführung zu bringen, umfaßt er doch so ziemlich alle Gebiete des Wissens. Wer so für jeden etwas bringt, der sollte den Zuspruch der ganzen Bevölkerung haben. Möge deshalb das neue Programm dazu beitragen, wieder neue Mitglieder für den Volksbildungsverein zu gewinnen, der sich die Aufgabe gestellt hat, Kunst und Wissenschaft in die breite Masse des Volkes zu tragen.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Ortsgruppe Halberstadt

Parteisekretariat Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2591

Jungsozialisten. Nach längerer, durch unsere Proben zur Feierstunde bedingten Pause, treffen wir uns heute, Dienstag, abends punkt 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Bericht von der Ortsgruppenleiter-Aussprache in Aschersleben — Reichskonferenz — Kieser Parteitag. Die Ausschußmitglieder kommen um ½8 Uhr zur wichtigen Besprechung.

Aus Osterwieck.

— (Stadtverordneten-Sitzung vom 19. Mai.) Die Tagesordnung begann mit der Verlesung der Prüfungsprotokolle der städt. Kassen. Als Hauptpunkt stand die Beschlußfassung über die Abnahme von elektrischem Strom von der Ueberlandzentrale Derenburg zur Beratung. Hierzu wurde dem Sachverständigen, Ingenieur Grundner, das Wort erteilt, der ausführte, daß in Zukunft sich eine Vergrößerung unseres städt. Elektrizitätswerkes notwendig mache. Sei doch bisher bereits das Letzte aus den Maschinen herausgeholt und eine Reserve sei nicht vorhanden. Von Anschaffung eines neuen Dieselmotors und einer größeren Batterie sei abzuraten, weil in absehbarer Zeit der jetzt übliche Gleichstrom durch den Drehstrom ersetzt werden würde. Deshalb sei der baldige Anschluß an ein Ueberlandwerk zu empfehlen. In diesem Falle sei dann nur die Anschaffung eines Umformers nötig, der 27 000 ℳ kosten würde. Ein neuer Motor mit Batterie würden dagegen 60 000 bis 75 000 ℳ erfordern. In der Aussprache wurde auch ein Vorschlag über Ausnutzung der Wasserkräfte der Ilse diskutiert, jedoch durch die Beantwortung des Herrn Grundner hinsichtlich der noch weit höheren Kosten und technischen Umänderungen erledigt. Nach weiteren Ausführungen ist eine vorläufige Vertragsdauer mit Derenburg auf 15 Jahre in Aussicht genommen mit der Verpflichtung einer bestimmten Stromabnahme und in den dunklen Wintermonaten soll hierin eine Grenze nach oben gezogen sein. Stadtv. Brechmann hegt Bedenken wegen vielfacher Störungen in der Ueberlandversorgung, die indes in Abrede gestellt werden. Stadtv. Stieding gibt zu bedenken, daß die Stadt O. mit diesem Vertrage einen Teil ihrer Selbständigkeit in der Elektrizitätsversorgung opfere, weil die von Derenburg abzunehmende Strommenge sich später immer mehr vergrößern würde. Herr Grundner erwidert, daß die Strompreiserhöhung zur Zehnpfennige betragen würde und der Jahresüberschuß vielleicht um 2000 ℳ geringer sei als bisher. Nach dem Antrage des Stadtv. Stieding wird alsdann dem Magistratsantrage zugestimmt. Die endgültige Fassung des Vertrages soll von einer Kommission aus je 4 Mitgliedern beider Fraktionen vorgenommen werden. — Zu Punkt 4 wurde von einer Delegierung eines Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung zur Tagung des Reichsstädtebundes in Görlitz aus Sparsamkeitsgründen Abstand genommen. Punkt 5 betraf die unentgeltliche Bereitstellung von Unterrichtsräumen an die Benzinsche Bauschule. Dieser soll stattgegeben und außerdem ein jährlicher Zuschuß von 500 ℳ gezahlt werden. 6. wurde die Zustimmung zum Verkauf von Siedlungsgelände an der Goslarer Straße an die Siedler Krelle und Lüddecke erteilt. Zu Punkt 7 gab das Kollegium seine Zustimmung zur Neudeckung der Schouener Chaussee vom Kilometerstein 1,2—1,82. Die Kosten werden rund 10 000 ℳ betragen, mit einem Kreiszuschluß von 40 v. H. Eine Neudeckung der Lütgenröder Chaussee kann erst im nächsten Jahre erfolgen. Nach Erledigung der Tagesordnung fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Aus Quedlinburg.

— (SPD-Parteiversammlung.) In der Versammlung am 20. Mai wurde der Kassenbericht gegeben, der erfreulicherweise mit einem größeren Bestand abschließt. Alsdann wurde der Bericht von der letzten Stadtverordnetensitzung durch den Gen. Behrens gegeben. B. sprach zuerst von der vorletzten Stadtverordnetensitzung und griff da die Punkte Biersteuer und Geschenk zur 1000 Jahrfeier der Stadt Nordhausen heraus. Von den Kommunisten inszeniert, läuft z. Zt. ein Gerücht um, wonach 21 000 ℳ als Stiftung für Nordhausen bewilligt sei. Gen. Behrens widerlegte das. Hierauf sprach er zu dem Verwaltungsbericht und zum Gesamtetat der Stadt. Es ist zu erwarten, daß der Bezirksausschuß seine Zustimmung zu den beschlossenen Anleihen nicht geben wird und der Etat nochmals beraten werden muß. Gen. Harl legt klar, wieviel Gelder die Schulen kosten. Es empfiehlt sich, das Wiener Schulprogramm als Vorbild dienen zu lassen. Gen. Behrens wie auch Gen. Simon empfehlen, die Stellung und das Verhalten der sogen. Vaterländischen zum Etat bei den kommenden Wahlen auszuwerten. Zum Punkt Unterbezirksfest in Bad Suderode und Fahnenweihe der Ortsgruppe Quedlinburg sprach Gen. Groß. Er forderte alle auf, sich heute schon auf das Unterbezirksfest einzustellen und auf starken Besuch zu sorgen. Auch über Organisation und Agitation sprach Gen. Groß. Gen. Frech warnte vor den ehem. Gen. Körner, der die Partei sowie einzelne Genossen zu schädigen versuchte. Die Jungsozialistengruppe stellte den Antrag, den Gen. K. Schuchardt auf Kosten der Partei zur Reichskonferenz der Jungsozialisten und zur Arbeitswoche zu entsenden. Der Antrag wurde dem Vorstand überwiesen. Die Jungsozialistengruppe ersucht, auch die A.-J. in dem Maße, wie die Naturfreundegruppe, zu unterstützen. Der Vorstand möge sich mit dem Thema „Naturfreundegruppe" einmal befassen. Die nächste Versammlung, in der die Genossin Bollmann sprechen wird, soll am 3. Juni stattfinden. Gen. Behrens empfahl noch demnächst eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der ein Reichstagsabgeordneter über die letzten Vorkommnisse im Reichstag sprechen soll.

— (Vergebung von Arbeiten.) Die Stadt vergibt demnächst Pflaster- und Anfahrungs-Arbeiten. Alles Nähere ergeben die Inserate in heutiger Nummer.

— (Wegen Körperverletzung) wurden einige Personen angezeigt.

Kreis Quedlinburg.

Hedersleben, 23. Mai. (Die Erwerbslosigkeit) hat im Orte sehr abgenommen. Im Winter waren es 145, wogegen es jetzt nur noch 40 Erwerbslose sind.

Nachterstedt, 23. Mai. (Metallarbeiterversammlung.) Am Donnerstag abend fand im Hermannschen Lokal eine Metallarbeiter-Versammlung statt. Ref. Hermann Weise-Aschersleben übte Kritik an der langen Arbeitszeit der im Bergbau Beschäftigten. Auch die 10 Lohnklassen bedürfen einer Abänderung. Das Deputat liegt wohl im Verdienst, aber der Eigentümer kann damit nicht machen, was er will. Auch die Urlaubstage bedarf einer anderen Regelung. Der Verband wird sich bei den nächsten Lohnverhandlungen mit allen diesen Dingen zu beschäftigen haben und mit aller Kraft für Verbesserungen eintreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0006

— (Starker Brikettabsatz.) Auf der Grube Konkordia ist ein so starker Brikettabsatz eingetreten, daß aus den andern Betrieben Arbeiter nach der Brikettfabrik abgegeben werden mußten, um den Absatz bewältigen zu können.

Aus Oschersleben.

Parteifest.

Wir rufen die republikanische Bevölkerung des Kreises Oschersleben und der angrenzenden Orte des Kreises Halberstadt und der Stadt Halberstadt auf, an unserem diesjährigen Parteifest, das am

12. Juni auf dem Huy stattfindet,

teilzunehmen.

Zum Programm des Festes sei mitgeteilt, daß alle Teilnehmer um 1 Uhr nachmittags in Dingelstedt vor der Gastwirtschaft des Genossen Vögelsack zum Demonstrationszug durch Dingelstedt antreten. Anschließend daran geht es mit Musik durch den Wald über Röderhof nach der Hunsburg. Auf der Festwiese der Hunsburg werden während des Nachmittags Schaumurnen durch Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und revolutionäre Freilichtvorführungen der Magdeburger Jungsozialisten gezeigt. Die Arbeitersänger und ein Orchester werden durch Kampflieder und Konzertstücke die Teilnehmer bis zum Abend unterhalten. Für die Genossen der näheren Umgebung und den sonstigen Tanzfustigen findet von 8 Uhr abends ab in Röderhof ein Festball, veranstaltet von den Dingelstedter Genossen, statt.

Zur Demonstration bitten wir sämtliche roten Banner der Arbeitervereine und die schwarz-rot-goldenen Fahnen des Reichsbanners mitzuführen. Die Reichsbannerkameraden schlagen zusammen mit den Turnern die Marschmusik. Jetzt heißt es in den Orten tüchtig Propaganda zu machen, damit die sozialdemokratische Kundgebung im Kreise Oschersleben ein Erfolg ist.

Mit Parteigruß!

Der Unterbezirksvorstand. J. A.: Ernst Schumacher.

— (Das Fest der silbernen Hochzeit) begeht heute, Dienstag, unser altbewährter Genosse Otto Rüstenbach mit seiner Ehefrau. Wir gratulieren und wünschen dem Jubelpaare für die Zukunft alles Gute.

Kreis Oschersleben.

Dingelstedt, 24. Mai. (Sängertreffen.) Donnerstag, den 26. Mai, findet auf der Wiese vor der Hunsburg ein Treffen der Arbeitersänger statt, wozu auch der Gesangverein „Maiengruß" eingeladen ist. Es wird um rege Beteiligung gebeten. Sammelpunkt Kirschberg. Abmarsch 12 Uhr.

Provinz und Nachbarstaaten.

Goslar, 24. Mai. (Eröffnung des Goslarer Flugverkehrs). Die Arbeiten auf dem Grauhöfer Flugplatz schreiten so rüstig voran, daß mit der Uebergabe und dem Beginn des Luftverkehrs in Goslar am 15. Juni gerechnet werden kann. Für den 19. Juni ist eine großzügige Flugveranstaltung vorgesehen, wahrscheinlich wird auch die einzige deutsche Kunstfliegerin erscheinen und Loopings, Rollings Sturzflüge vorführen.

Gernrode, 24. Mai. (Schwerer Unfall). Ein Dachdecker in Gernrode hatte einen Kasten mit Mörtel nach dem Dache getragen. Als er ihn aufhängen wollte, rutschte dieser ab. Der Kasten traf das auf der Straße spielende sechsjährige Töchterchen des Hausbesitzers und zerschmetterte ihm die Schulter. Der Kastenhaken schlug ihm außerdem eine klaffende Wunde am Kopf.

Harzgerode 24. Mai. (Autounfall). Auf der von Harzgerode nach Leimbach führenden Klausstraße streifte das Lieferauto einer Hettstedter Firma Grimm einen Baum und wurde durch Auffahren auf einen danebenliegenden Steinhaufen vollständig zertrümmert. Die Insassen wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Radfahrer fanden die Verunglückten auf und sorgten für die Ueberführung der Bewußtlosen ins Krankenhaus.

Helmstedt, 24. Mai. (Unerwünschten Besuch) bekam hier der Laden des Buchhändlers Heye. Ein Motorradfahrer kam in voller Fahrt die Bauernstraße herunter. Infolge des Versagens der Steuerung verlor der Fahrer die Gewalt über die Maschine und landete mit voller Wucht im Schaufenster des Ladens. Es gab ein wüstes Durcheinander, jedoch wurde keine Person verletzt.

Merseburg, 24. Mai. (Menschenjagd). Ein Oberlandjäger hatte einen in Wallendorf beschäftigten Schweizer wegen verschiedener Diebstähle festgenommen und wollte ihn dem Amtsgerichtsgefängnis in Merseburg zuführen. Am Fasaneriegehölz entsprang der Festgenommene und entkam, trotzdem der Beamte ihm einige Kugeln nachjagte. Der Landjäger benachrichtigte sofort das Ueberfallkommando der Schutzpolizei. Die Streife im Gehölz blieb ergebnislos. Der Schweizer hatte die alte Saale durchschwommen und sich in den Feldern bei Trebnitz versteckt. Er war jedoch bei der Flucht gesehen worden. Das Ueberfallkommando nahm die Spur auf und stöberte ihn auf. Auch jetzt versuchte er zunächst zu entfliehen, sodaß die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Darauf ergab er sich und wurde gefesselt dem Gefängnis zugeführt.

Kleine Chronik.

Neuer Ozeanflieger unterwegs. Der italienische Flieger de Pinedo ist am Montag morgen um 3 Uhr (8 Uhr mitteleuropäischer Zeit) in der Stadt St. Johns auf Neufundland zu einem Ozeanflug nach Italien aufgestiegen. Es handelt sich dabei jedoch nicht, wie bei Lindbergh, um einen direkten, ununterbrochenen Flug, sondern de Pinedo will sein Ziel etappenweise erreichen. Sein Flugweg führt ihn zunächst südlich in der Richtung auf die Bermudainseln und von da nach Osten zu den Azoren, die der Flieger nach am Abend vor Eintritt der Dunkelheit zu erreichen hoffte. Von hier aus wird er dann seinen Weg über Portugal und Spanien und das Tyhrenische Meer nach Italien nehmen.

Held Lindbergh. Der Ozeanflieger Lindbergh wurde bereits am Montag mittag unter großem Pomp vom Präsidenten der Republik in Privataudienz empfangen, der ihm in feierlicher Weise das Kreuz der Ehrenlegion anheftete. Nachher fand ein feierlicher Empfang im Aeroclub statt, wo Lindbergh eine Stiftung von 150 000 Franc ausgehändigt wurde. Weitere 200 000 Franc sind zu gleichen Teilen von der Frau eines französischen Großindustriellen für die Hinterbliebenen der verschollenen französischen Flieger Nungesser und Coli gestiftet und ausbezahlt worden. Am Montag vormittag war Lindbergh auf dem Flugplatz Le Bourget, um sein Flugzeug zu besichtigen. Er war erfreut, daß seine Maschine unter der Begeisterung der Menge nicht allzu stark gelitten hat. Abens um 6 Uhr wurde Lindbergh vom Ministerpräsidenten Poincare im Finanzministerium empfangen. Zur Erinnerung an den Flug Lindberghs und die Todesfahrt von Nungesser und Coli soll auf dem Flugplatz von Le Bourget ein Denkmal errichtet werden. Am Sonntag abend stellte Lindbergh übrigens einen neuen Rekord auf. Er sprach von der amerikanischen Botschaft aus auf funkentelephonischem Wege mit seiner Mutter in Detroit und unterichtete sie von seiner Ankunft in Paris. Er hat damit als erster ein Telephongespräch zwischen Paris und Amerika geführt. — Inzwischen wird der jugendliche Held aus allen Ländern, besonders natürlich aus Amerika, mit den verlockendsten Angeboten überschüttet. Der Preis von 25 000 Dollar, den Lindbergh durch seinen Flug Newyork—Paris gewonnen hat, wird zwar durch die Flugunkosten aufgebraucht, zumal der Apparat selbst 15 000 Dollar gekostet hat. Aber zunächst hat ein englisches Parlamentsmitglied dem Flieger 200 Pfund Sterling für jeden Vortrag geboten, die er in den größeren Städten Englands halten soll. Ein amerikanisches Theater machte ihm ein Angebot von 100 000 Dollar für ein einmaliges Engagement, ein englisches Unternehmen bot für Vorträge 60 000 Dollar, eine amerikanische Filmgesellschaft stellte ihm einen Jahresvertrag mit einer halben Million Dollar in Aussicht. Eine andere Filmgesellschaft bot ihm für eine Hauptrolle 100 000 Dollar, verschiedene Rundfunkgesellschaften wollen ihm für einen einmaligen Vortrag 10 000 Dollar bezahlen. Auf 150 000 Dollar lautet ein Angebot für ein zweimaliges Erscheinen in einem großen amerikanischen Stadion. Eine Anzahl von Buchhändlern und Bildverlegern sind ebenfalls mit großen Angeboten für Schilderungen seines Fluges oder für Hergabe seines Namens und seines Bildes zu Reklamezwecken an ihn herangetreten. Der schwedische Gesandte in Paris hat Lindbergh zu einer Vortragsreise durch Schweden eingeladen, da sein Vater aus Schweden stammt. Selbstverständlich sind auch mehrere 100 Heiratsanträge bereits 24 Stunden nach seiner Ankunft in Paris auf der amerikanischen Botschaft eingetroffen.

Geheimnisvoller Mädchenmord in Berlin. In der Nacht zum Montag wurde gegen 2 Uhr morgens in Berlin-Lichtenberg von einem Schutzpolizeibeamten ein etwa 20 Jahre altes Mädchen aufgefunden, dessen rechte Schläfe eine Schußverletzung aufwies. Die Verletzung war so schwer, daß der Tod bereits auf dem Wege zur Rettungsstelle eintrat. Die benachrichtigte Kriminalpolizei nahm ihre Ermittlungen auf. Sie konnte rasch an Hand von Fußspuren feststellen, daß in der Nähe eine heftige Auseinandersetzung zwischen einem Mann und einer Frau stattgefunden hatte. Die Spuren führten in den Lichtenberger Stadtpark. Gleichzeitig wurde aber nicht allzu weit entfernt die Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mannes aufgefunden, die ebenfalls einen tödlichen Schläfenschuß aufwies. Bei keiner der beiden Leichen wurde eine Waffe vorgefunden. Einstweilen konnten auch die Namen der Toten nicht festgestellt werden, da beide keine Ausweispapiere bei sich trugen.

Ein entführtes Kind wiedergefunden. Die kleine Berlinerin, Hanna Glücksmann, die ihrer Mutter von dem geschiedenen Vater entführt worden war, ist jetzt in Holland aufgefunden worden.

Wolkenbruch in Belgrad. Ueber Belgrad ist ein Wolkenbruch niedergegangen, der die tiefer liegenden Straßen bis zu 1 Meter unter Wasser setzte. Die Bevölkerung räumte die Häuser. Ein Arbeiter wurde von der Flut weggeschwemmt und ertrank. Drei Kinder sind vermißt und anscheinend ebenfalls ertrunken.

Die reichste Gegend der „Zuckerschale" gefährdet. Die ganze Tiefebene im Westen des Atchafalinyflusses, die reichste Gegend der berühmten „Zuckerschale", liegt mit ihren Baumwoll-, Zucker und Reisplantagen jetzt auf dem Wege der von Norden herannrollenden Flutwellen. Die Städte Morgan City, Franklyn und Jeanerette, deren Bevölkerung insgesamt rund 15 000 Personen zählt, sind in äußerster Gefahr, während die Städte St. Martin, Iberville, Assumption, Terrbone und St. Mary la Bourche, bereits mitten in der Flut liegen. Die Dämme an der Ostseite des Atchafalaya haben bisher noch gehalten. Jedoch muß man von Stunde zu Stunde trotz der fieberhaften Arbeit mit einem Bruch auch dieser Deiche rechnen, durch die der ganze Distrikt im Südosten von Baton Rouge, die Pointe Coupee, ein Opfer der Fluten würde. Der „Ueberschwemmungsdirektor" Carter hat daher die sofortige Räumung sämtlicher Ortschaften angeordnet. 50 000 Menschen werden hierdurch obdachlos.

Revolverattentat auf den Sohn von Calles. Auf den Sohn des Präsidenten Calles von Mexiko wurde ein Revolverattentat verübt, als er an der amerikanisch-mexikanischen Grenze in einer kleinen amerikanischen Stadt weilte, um an der Hochzeit seiner Schwester teilzunehmen. Er selbst blieb unverletzt, zwei der drei auf ihn abgefeuerten Kugeln durchlöcherten seinen Anzug.

Führer über die Löschbergbahn, durchs Berner Oberland, ins Wallis und nach Italien. Die Berner Alpenbahn-Gesellschaft versendet eben recht vor dem Beginn der Reisesaison ihren neuen schmucken Reiseführer, den sie auf Wunsch jedermann unentgeltlich übermittelt. Der Führer weist 48 Seiten Text auf und enthält ebenso viele Seiten Bilder, die einen guten Begriff von dem vielbesungenen Berner Oberland bieten. Einzelne dieser im Kupfertiefdruck erstellten Bilder sind eigentliche Kunstblätter, die zum Besuche der prächtigen Gegend förmlich auffordern. Der handliche Führer sei jedermann bestens empfohlen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Halberstadt. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, im Sekretariat Domplatz 48, wichtige Besprechung des Vorstandes, der technischen und Jugendleitung.

Halberstadt. Schutzsport-Abteilung. Handballspiel Halberstadt 1. gegen Magdeburg-Wilhelmstadt 1. Resultat 2:3, (0:3). Um 5 Uhr trafen sich beide Mannschaften auf dem Burchardianger zum Freundschaftsspiel. Das Spiel setzte flott ein und hielt im selben Tempo bis zum Schlußpfiff durch. Während die Magdeburger vom Beginn des Spieles an ein gutes Zusammenspiel lieferten, fanden sich die Halberstädter erst nach Halbzeit zusammen. Ein 13 Meter für Halberstadt wurde freundschaftlich verschossen. Nach gegenseitigem Torbesuch gelang es den Magdeburgern in der letzten Viertelstunde vor Halbzeit drei Tore einzusenden. Nach Halbzeit konnten die Halberstädter ebenfalls zwei Tore für sich buchen. Bei Beginn hatten die Halberstädter gegen starken Wind zu kämpfen. Halberstadt 2. gegen Magdeburg-Wilhelmsstadt 2. 2:2 (1:0). Beide Mannschaften spielten mit Ersatz. Die Halberstädter Mannschaft spielte überlegen, so daß sich die Magdeburger schließlich gezwungen sahen, eine starke Verteidigung vor ihrem Heiligtum aufzubauen. Einige Durchbrüche der Gäste führten ebenfalls zum Erfolg, so daß sich beide Mannschaften beim Schlußpfiff mit einem Unentschieden 2:2 trennten. Diese Resultate sind überraschend, da die Magdeb.-Wilhelmstädter Mannschaft als eine der besten im Gau gilt, während die Halberstädter sich zum zweiten Male einer auswärtigen Mannschaft stellte. Wir wünschen, daß sich die Halberstädter weiter so gut entwickeln wie bisher, dann werden die Erfolge nicht auf sich warten lassen.

Wehrstedt. Das gesamte Spielerkorps versammelt sich heute abend pünktlich 8 Uhr, an bekannter Stelle zwecks Uebungsstunde. Vollzähliges Erscheinen aller Spielleute ist unbedingt erforderlich. Bei Regenwetter fällt das Ueben aus.

Oschersleben. (Jungbanner.) Am Donnerstag (Himmelfahrt), treffen sich alle Kameraden 9 Uhr morgens bei Höhne zwecks Spaziergangs nach dem Walde.

Schlanstedt. Am Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 Uhr, findet in Naumanns Restaurant eine große republikanische Kundgebung statt. „Ueber die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft in der Republik" spricht der Kreisleiter des Reichsbanners, Köhrich-Oschersleben. Alle Reichsbannerleute, Landarbeiter und Sozialrentner sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

*

Unterbezirk Quedlinburg-Thale.

Am Sonntag, den 29. Mai, findet die 1. Bezirksübungsstunde der Spielleute in Ditfurt statt. Es ist Pflicht eines jeden Spielmannzuges, sich an dieser Uebungsstunde zu beteiligen. Treffpunkt 10 Uhr „Deutsches Haus".

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht Halberstadt.

Sitzung vom 21. Mai.

Wegen Steuergefährdung hatte sich ein Bäckermeister zu verantworten. Er hatte nur etwa ein Drittel seines steuerpflichtigen Einkommens angegeben. Der Angeklagte entschuldigte sich vor allem mit Geschäftsungemandtheit. Eine Steuerkommission hatte auf Grund von Unterlagen einen höheren Umsatz errechnet. Darauf war vom Finanzamt ein Strafbescheid über 650 ℳ ergangen. Der Angeklagte hatte dagegen gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hat und erkannte auf 300 ℳ Geldstrafe.

Ungetreuer Postbeamter. Ein Postschaffner sollte für einen Kaufmann eine Nachnahme besorgen. Er hatte das Geld aber nicht abgeliefert, sondern für sich behalten. Er gab nun an, er habe an dem betr. Kaufmann auch noch andere Postsachen zu liefern gehabt und dabei das Geld für die Nachnahme bekommen. Das Geld habe er in die Brusttasche gesteckt und nachher vergessen. Nach einigen Tagen habe er es wieder vorgefunden. Auf die Quittungskarte hatte er fälschlich die Bemerkung „Frist verlangt" geschrieben. Später hatte er, als die Sache rauhbar wurde, sich die Quittungskarte unerlaubterweise nochmals angeeignet und das Wort ausradiert. Das Gericht glaubte, daß er sich das Geld vorsätzlich angeeignet habe und erkannte auf 3 Monate und 3 Tage Gefängnis. Eventl. soll Strafaussetzung gewährt werden.

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Mittwoch, den 25. Mai.

Berlin, 21. „Susannes Geheimnis", Oper von Wolf-Ferrari, anschließend „Dorothea", Operette von Offenbach. 22,45 Bunte Stunde (Musik).

Königswusterhausen 20,15 Uebertragung von Leipzig, 22,45 Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 20.15 Sinfoniekonzert. 22.24—24 Tanzmusik.

Hamburg. 20 Wiener Abend (Musik). Darauf Uebertragung des Konzerts aus Cafe Wallhof.

Langenberg. 20.45 „Elektra" (Tragödie in einem Aufzug von Hoffmannsthal). Uebertragen von Köln.

Amtliche Wetternachrichten.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ◒ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, R Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, — O sehr leicht, — O leicht, — O schwach, — O mäßig, — O frisch, — O stark, — O steif, — O stürmisch, — O voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch abend:

Das Tiefdruckgebiet, das am Montag noch den ganzen Tag über unser Wetter beherrschte und durch dichte Bewölkung den Sonnenstrahlen den Weg zur Erde herunter verwehrte, zieht ostwärts ab. In seinem Rücken breitet sich hoher Luftdruck von Westeuropa nach Osten hin aus. Er bringt unserem Wetter eine schnelle Aufheiterung, die aber noch nicht von langer Dauer sein wird, da bei Island ein neues Tief liegt, das eine Regenfront bis weit nach Südengland hinein ausgebildet hat. Nach dem Durchzug dieser Schlechtwetterfront, die nur mit ihren Ausläufern unser Gebiet streifen wird, können wir dann auf etwas freundlichere Witterung rechnen, bei der auch höhere Temperaturen erreicht werden.

Aussichten: Nach kurzer Aufheiterung noch einmal vorübergehend stärkere Bewölkung und strichweise Regen, dann fortschreitende Wetterbesserung, wärmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0007

Vermischtes.

Die tapfere Kasseler Lebensretterin.

Marie Pape,

ein junges Kinderfräulein, das bei dem Straßenbahnunglück in Kassel durch ihr entschlossenes Handeln zwei Kindern im Alter von 5 und 7 Jahren das Leben gerettet hat. Der Magistrat der Stadt Kassel hat dem mutigen und geistesgegenwärtigen Mädchen seinen Dank ausgesprochen und ein größeres Geldgeschenk überreicht.

Vorgeschichtliche Funde in Weimar. Im Steinbruch von Gustav Haubold in Ehringsdorf bei Weimar traten bereits im Winter tierische Reste zutage, die jedoch wegen des gefrorenen Sandes nicht geborgen werden konnten. Jetzt gelang es dem Präparator des Städtischen Museums für Urgeschichte, Lindig, die Schätze zu heben. Es handelt sich um fünf Backenzähne vom Merkschen Rhinozeros, um noch im Sand steckende Rippen von Alt- und Waldelefanten sowie einige Feuersteinreste. Es gelang die Bergung eines rechten Unterkieferastes vom Waldelefanten mit zwei Zähnen, außerdem eines Hornzapfens vom Urstier.

Ein Zahnarzt Opfer seines Berufs. Zahnarzt Dr. Schröder in Göttingen hatte sich in seiner Praxis bei der Behandlung eines Patienten eine Wunde am Finger zugezogen, die sich rasch verschlimmerte. Wie man sagte, hätte ihn eine unbeherrschte Patientin im Schmerz in den Finger gebissen. An der Blutvergiftung, die sich einstellte, starb der Arzt.

Neun Personen durch das Sprungtuch gerettet. In einem der alten Hausgrundstücke im Sporergäßchen in Leipzig entstand ein Brand. Das Feuer brach in dem Schuhwarenladen von Möschke aus und entwickelte ungemein starke Rauchwolken. Als die Feuerwehr eintraf, war das ganze Haus so verqualmt, daß es den Bewohnern der oberen Stockwerke unmöglich war, durch das Treppenhaus ins Freie zu gelangen, und sie in Gefahr gerieten, zu ersticken. Sofort nach Eintreffen der Feuerwehr wurde die Rettung der bedrohten Hausbewohner vorgenommen. Das Sprungtuch wurde im Nu ausgebreitet, und 9 Personen aus dem ersten und zweiten Stockwerk sprangen herab. Dabei erlitt eine Frau, die schon Rauchvergiftungen erlitten hatte, noch eine Verstauchung des Fußes und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Auch ihr Ehemann mußte nach dem Krankenhause gebracht werden, weil er Rauchvergiftungserscheinungen hatte. Die drei kleinen Kinder der Eheleute Faß wurden im Waisenhause untergebracht.

Die Granate auf der Straße. Im Bremen ereignete sich ein schwerer Explosionsunfall. Beim Abbruch eines Hauses hatten Arbeiter eine Granate gefunden, die sie auf der Straße liegen ließen. Spielende Kinder brachten die Granate zur Explosion. Eine Person wurde getötet und mehrere Straßenpassanten schwer oder leichter verletzt.

Die Bremse versagt. Ein vom Lichtplatz in Barmen kommendes Auto fuhr die steile Luisenstraße hinab. Am unteren schmalen Ende der Straße versagte die Bremse, und das Auto raste über die Kampfstraße in den Bergbahnhof, wo es mit großer Gewalt auf einen dort haltenden Motorwagen der Bergbahn anprallte. Das Auto ging in Trümmer, und auch der Bergbahnwagen wurde beschädigt. Von den drei Insassen wurde der eine schwer verletzt, die anderen zwei kamen mit leichten Verletzungen davon.

„Kräftige" Schiffe gesucht. Die Eisverhältnisse in der nördlichen Ostsee sind augenblicklich noch sehr gefährlich. Wie aus Stockholm gemeldet wird, sitzen im Eisgürtel von Kvarken sieben Dampfer und vor Umea fünf Dampfer fest, die auf den Eisbrecher warten, der aber nicht imstande ist, allen Schiffen zu helfen. Schiffahrtstreise raten, nur große „kräftige" Schiffe in die nördliche Ostsee zu schicken.

Bekanntmachung.

Gemäß § 3 der Ersten Ausf. V. O. zum Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 (R. G. Bl. I S. 353) vom 15. August 1923 (G. S. S. 405) werden hierdurch die örtlichen Hausbesitzer- und Mietervereine des Amtsgerichtsbezirks Halberstadt aufgefordert, Vorschlagslisten für die bei dem Mietschöffengericht für das Jahr 1928 zu bestellenden Beisitzer und Stellvertreter bis zum 31. August 1927 bei dem Amtsgericht (Landgerichtsgebäude, Richard Wagnerstraße 52, Zimmer 9) einzureichen. Die Zahl der für das Jahr 1928 zu bestellenden Mietschöffen ist auf 14 Haupt- und 14 Hilfsschöffen festgesetzt.

Es wird darauf hingewiesen, daß

1. Personen, die nach § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Schöffenamt unfähig sind, und Personen, die nach den §§ 33, 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes, § 33 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze zum Schöffenamte nicht berufen werden sollen, ferner Personen, die nach § 7, Abs. 3, Satz 2 u. 4 des Mieterschutzgesetzes zu Beisitzern nicht bestellt werden sollen oder dürfen, nicht vorzuschlagen sind, und daß auch die Benennung solcher Personen, die nach § 35 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 4 dieser Bekanntmachung die Berufung ablehnen dürfen, sich nicht empfiehlt;
2. wenn in den Listen auch Personen aufgenommen werden, die als Beisitzer bei einem Mieteinigungsamte tätig sind, dies bei den einzelnen Namen zu vermerken und gleichzeitig anzugeben ist, ob die Personen sich zur Uebernahme des Amtes als Beisitzer beim Amtsgerichte neben ihrer Tätigkeit im Mieteinigungsamte bereit erklärt haben;
3. zugleich mit den Vorschlagslisten schriftliche Erklärungen der in der Liste eingetragenen Personen einzureichen sind, in denen sich diese verpflichten, für den Fall ihrer Wahl für Dritte keine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben, die sich zur Mieterverhältnisse über Gebäude oder Gebäudeteile bezieht, und daß im Falle einer Geschäftsvereinigung der in die Liste eingetragenen Personen mit anderen auch die Verpflichtung erklärung dieser Personen keine solche Tätigkeit im Bezirke des Gerichts gegen Vergütung auszuüben, einzureichen ist;
4. die Berufung zum Amte eines Beisitzers nur Personen ablehnen dürfen, welche im letzten Geschäftsjahre die Verpflichtung eines Beisitzers oder Stellvertreters an wenigstens 12 Sitzungstagen erfüllt haben.

Halberstadt, den 17. Mai 1927.

Das Amtsgericht.

Bei der im Handelsregister A unter Nr. 1210 verzeichneten Firma

Manho-Werk

Erste und älteste Spezialfabrik für Holzbearbeitungsmaschinen und Holzkonstruktion

Inhaber **Otto Kantor und Anton Renhäuser in Halberstadt** ist heute eingetragen:

Die Firma ist erloschen.

Halberstadt, den 12. März 1927.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Bei der im Handelsregister A unter Nr. 177 verzeichneten Firma

A. Schraube in Halberstadt

ist heute eingetragen:

Die Firma ist erloschen.

Halberstadt, den 11. März 1927.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Die Sperre des Feldweges, der von der Goldbachbrücke, vor der Harzer Brauerei, zum Spiegelsbergenweg verläuft, **wird aufgehoben.**

Halberstadt, den 23. Mai 1927.

Die Polizei-Verwaltung.

Schlachthof-Freibank Mittwoch von 8 bis 10 Uhr
Rind- und Schweinefleisch.

Bau- und Siedlungs-Genossenschaft „Ostland"
Halberstadt e. G. m. b. H.

Dienstag, den 31. Mai, 19.30 Uhr (abends 7.30 Uhr), im **Wehrstedt'schen Saale,** Fischmarkt:

Ordentliche Haupt-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht u. Mitteilung über die gesetzliche Revision. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Satzungsänderungen und Genehmigung der Geschäftsanweisung. 4. Bericht über die Neubautätigkeit dieses Jahres und Anleihen. 5. Bericht über den 31. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Baugenossenschaften e. V. in Breslau vom 26. bis 28. Mai. 6. Ersatzwahlen des Vorstandes und des Aufsichtsrats. — Nach Erledigung der Tagesordnung Besprechung mit den Wohnungsbewerbern der Bauvorhaben Kingstraße und Ecke Richard-Wagnerstraße — Oeylerstraße. Freunde unserer gemeinnützigen Bautätigkeit können an der Versammlung teilnehmen.

Halberstadt, den 24. Mai 1927.

Jedke. Höpfner. Krause.

Aus Quedlinburg

Stechmückenplage.

Die Stechmückenbekämpfung kann nur dann wirkliche Erfolge zeitigen, wenn Winter- und Sommerbekämpfung einander folgen und abwechselnd ergänzen. Unter dem 28. März hat der Herr Regierungspräsident in Magdeburg daher eine Polizeiverordnung betreffs die Sommerbekämpfung der Stechmücken erlassen, die bestimmt, daß jeder Grundstückseigentümer oder der an seiner Stelle Verfügungsberechtigte in den Monaten April bis einschl. September mindestens einmal monatlich die auf seinen Grundstücken in der Entfernung bis zu 500 m von bewohnten Gebäuden befindlichen stehenden, fischfreien Tümpel und Wassersammlungen anderer Art, — falls er es nicht vorzieht sie zu beseitigen — mit Petroleum, Saprol oder einem ähnlichen zur Abtötung der im Wasser befindlichen Stechmückenlarven geeigneten Mittel zu überziehen hat.

Wir sind ermächtigt,

1. von der vorstehenden Vorschrift Ausnahmen zuzulassen, insbesondere im Interesse des Vogelschutzes, des Naturschutzes im allgemeinen, sowie der Viehhaltung und Land- und Forstwirtschaft;
2. weitere Anordnungen zu treffen.

Zur Durchführung der Stechmückenbekämpfung ordnen wir folgendes an:

Der Mückenbrutbekämpfung sind alle kleinen stehenden Gewässer oder Wassersammlungen zu unterwerfen.

Kleine windgeschützte Teiche, Gräben, regelmäßig bei Niederschlägen oder Steigen eines Flußwasserspiegels im Gelände auftretende Wassersammlungen, Viehbecken in Gärten, Regenwassertonnen in Höfen und Gärten (Lauben), längere Zeit bestehende Ansammlungen von Wirtschaftswässern, Abwässern, Jauche der Düngerhaufen und ähnliches.

Unnütze kleinere Wassersammlungen sind durch Zuschüttung, Ableitung oder Drainage zu beseitigen. Als brauchbare mechanische Verfahren für Regenwassertonnen können Abdeckung derselben mit gut schließender Drahtgaze, regelmäßige dreiwöchige Leerung derselben oder Verwendung besonderer im Handel befindlicher mückensicherer Tonnen gelten. Wertvoll ist auch die Auffüllung kleiner Wasserbecken im Garten als Lockfallen und regelmäßige Leerung derselben (dreiwöchig). Jauchegruben können mit einer dichtschließenden Baltenlage bedeckt werden, oder man breitet den Mist über einen die Grube bedeckenden Bretterrost aus, und kann so die Eiablage einschränken oder ganz verhindern. Verstopfte Dachrinnen sind zu säubern.

Die Anwendung chemischer Mittel geschieht mittels des sogenannten Sprituerfahrens, bei dem es sich um Ueberziehung der Gewässer mit einem feinen Häutchen ölartiger Stoffe, das die Brut am Atmen an der Wasseroberfläche verhindert, in 1—2 Stunden auf die Brut abtötend wirkt und infolge einfallenden Staubes und durch Windwirkung in wenigen Tagen verschwindet. Dieses Verfahren kommt hauptsächlich für wirtschaftlich belanglose Wassersammlungen (Regenwassertonnen, Tümpel, Pfützen usw.) in Betracht. Von geeigneten Chemikalien seien genannt: Petroleum, „Schnakenfaprol", „Salvinol" und „Flit".

Kleine Wassersammlungen (Regenwassertonnen usw.) können tropfenweise mit Petroleum usw. beschickt werden. Für Gräben, Pfützen usw. genügen die zahlreichen im Handel befindlichen kleinen Verstäubungsspritzen, für Gewässer von mehr als 1—2 m Breite werden große Spritzen mit Staub- und Doppelblase benötigt. Sofern chemische Mittel (Spritzenflüssigkeiten) verwendet werden, ist die Behandlung in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Oktbr. alle 14 Tage, also zweckmäßig am 1. und 15. jeden Monats zu wiederholen.

Zuwiderhandlungen gegen die obigen in Ergänzung der Winterbekämpfung angeordneten Maßnahmen werden bestraft.

Daneben wird die zwangsweise Durchführung der Maßnahmen auf Kosten der Säumigen erfolgen.

Auf Antrag wird zur Vornahme von Vernichtungsarbeiten ein Beauftragter des Magistrats zur Verfügung gestellt.

Weitergehende Auskunft wird im Zimmer 8 des Rathauses erteilt

Quedlinburg, den 18. Mai 1927.

Die Polizei-Verwaltung.

Verdingung.

Die Ausführung der bei den Autostraßen „Meers- und Weststraße erforderlichen Pflasterarbeiten sollen in mehreren Losen vergeben werden. Angebotsvordrucke werden im Tiefbauamt, Zimmer 9, gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Termin am **27. Mai d. Js., vorm. 11 Uhr.**

Quedlinburg, den 20. Mai 1927.

Städtisches Tiefbauamt.

Verdingung.

Die Lieferung für die Pflasterung Meerstraße, Bornholzweg und Weststraße soll in mehreren Losen zur sofortigen Anfuhr vergeben werden. Angebote sind unter Angabe der täglich zu liefernden Mengen bis zum **25. d. Mts., vorm. 11 Uhr,** im Sekretariat des Tiefbauamtes, Zimmer 9, abzugeben.

Quedlinburg, den 20. Mai 1927.

Städtisches Tiefbauamt.

Quedlinburg — Müllabfuhr.

Infolge der Pfingstfeiertage findet die **Müllabfuhr,** welche nach dem bekanntgebenen Abfuhrplan am Himmelfahrtstage und am zweiten Pfingstfeiertage (Donnerstag, den 26. Mai und Montag, den 6. Juni) stattfinden würde nach dem nachfolgenden Fahrplan statt:

Mittwoch, den 25. Mai

Vormittags 7½ bis 9 Uhr
Seilergasse, Reichsplatz, Adelheidstraße, Amelungstraße, Hinter der Mauer.

Vormittags 10 bis 11½ Uhr
Pölkenstraße, Bahnhofstraße Turmstraße.

Nachmittags 2 bis 3½ Uhr
Stieg, Pölle ab Stieg bis Zw. d. Städten, Damm, Hölle, Schuhhof, Mummental, Guts-Muths-Straße.

Freitag, den 27. Mai

Vormittags 7½ bis 9 Uhr
Pölle von Steinbrücke bis Stieg, Kaiserstraße.

Vormittags 10—11½ Uhr
Ballstraße, Mauerstraße.

Nachmittags 2 bis 3½ Uhr
Konvent, Kavlanei, Neustädter Kirchhof.

Sonnabend, den 4. Juni

Vormittags 7½ bis 9 Uhr
Marktstraße, Marktkirchhof, Markt, Blasiistraße.

Vormittags 10 bis 11½ Uhr
Kornmarkt, Breitestraße bis Grabengasse.

Nachmittags 2 bis 3½ Uhr
Marschlingerhof, Westfr., Reinsteinstr., Blücherstr., Yorkstraße.

Dienstag, den 7. Juni

Vormittags 7½ bis 9 Uhr
Steinholzstraße, Wallstraße von Nr. 1 bis 29 und Nr. 90 bis 99, Waterlooplatz, Scharnhorststraße.

Vormittags 10 bis 11½ Uhr
Haken, Bornstraße, Weingarten, Hohestraße, Altestadtstraße.

Nachmittags 2 bis 3½ Uhr
Schwertgasse, Kleine Hohestraße, Essiggasse, Neuendorf, Schmalestraße von Nr. 1 bis 14 und Nr. 50 bis 69.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese Aenderung nur für die Feiertags-Wochen gilt und daß diejenigen Straßenzüge, in denen nach dem normalen Fahrplan die Müllleerung am 25. Mai, 27. Mai, 4. Juni und 7. Juni abgehalten werden, durch diese vorübergehende Regelung nicht betroffen werden.

Quedlinburg, den 20. Mai 1927.

Städt. Tiefbauamt.

Bei **Rheuma** trink' Embeha-Tee
Bestimmt vergeht dann alles Weh!
Ein Paket, 14 Tage reichend, RM. 3,50
10 000 Anerkennungen
Niederlagen in Halberstadt:
Rats-Apotheke, Apotheke am Breiteweg, Johannes-Apotheke, Kaiser-Apotheke.

„WALDFLORA"
Die bekannten giftfreien Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern erhältlich:
Bei: Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenen Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung .... Nr. 0
Bei: Zuckerkrankheit ..... Nr. 1
„ *Blasenleiden* ..... Nr. 3
„ *Nierenleiden* ..... Nr. 4
„ *Lungenleiden, Asthma* ..... Nr. 5
„ *Gallensteinen* ..... Nr. 6
„ *Magen- und Darmleiden* ..... Nr. 8
„ *Nerven- und Herzstörungen* ... Nr. 9
„ *Stuhl-Störungen* ..... Nr. 10
Als unentbehrliches Hausmittel verlangen Sie nur: Pflege echt austral. Eucalyptus-Öl in der Dreikantflasche.
Verkauf in Apotheken, Drogerien u. Reformhäusern. Druckschriften über „Waldflora" erhalten Sie dort kostenlos.
Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)
Zu haben
Kaiser-Apotheke, Drog. Carl Baudorff Nachf., Inh. Gustav Himmelreich, Engel-Drogerie, Breiteweg 46, Drogenhandlung Otto Henicke, Bakenstr. 9, Drogerie Carl Schilling, Martinsplan 16, am Dom, Drogerie E. Kamm, Hoheweg 48, Löwen-Drogerie, Reformhaus Gesundheit, M. Römer, Domplatz 11.
Vertreter: Paul Glass, Leipzig, Brüderstr. 19, Telephon 10 057.

Hamster kauft frisch gefangen
Gebser, Paulsplan 29.

Tabakpfeifen in kurz und lang, **Brynerepfeifen** nur Qualitätsware, **Tabakdosen u. -Beutel, Pfeifenstopfer, Pfeifenreiniger.** Sämtl. Ersatzteile für Pfeifen, Reparaturen bei
Ernst Paetzel, Drechslermeister, **Halberstadt,** Weingarten 25.

Bauschule Rastede i. Oldenburg v. L. Rondo. Polierkurse und Vorbereitung auf die Meisterprüfung. **Prospr. frei.**

Haushälterin! Arbeiter, 36 Jahre, mit 6jähr. Jungen, sucht zur sport Haushälterin, evtl. Heirat. Briefe an **Biewald, Blankenburg H.,** Börneckerstraße 3b.

Gärtner für **Privatgarten** von 2500 qm in angenehmer reifer Dauerstellung gef. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter **N. 109** an d. Geschäftsst. dieser Zeitung.

Wer verkauft Grundbesitz einerl. welch. Art, städt. od ländl., auch Geschäft od. Landwirtschaft. Sofortige Besitzerangebote an **F. Wilh. Barenthin, Hamburg,** N. Jungfernstieg 16a.

Drucksachen für Handel, und Gewerbe, Vereine Behörden u. jeden anderen Bedarf liefert billigst die Buchdruckerei des **„Halberstädter Tageblatt".**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf: 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthens, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4326 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 121. Mittwoch, 25. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Der erste Tag in Kiel.

Der Vorstands-Bericht.

Montag-Vormittag-Sitzung.

Kiel, 23. Mai. (Eig. Drahtb.). Der Parteitag trat Montag morgen im festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses in der Legienstraße zusammen. Zunächst erhielten einige Gäste das Wort zur Begrüßung.

Abramowitsch überbringt die Grüße der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Chapinsky-Warschau spricht für die polnische Sozialdemokratie: Man hat Ihnen viel erzählt über die feindliche Stimmung des polnischen Volkes gegenüber Deutschland. Ich kann Ihnen versichern, daß das werktätige Volk, welches in unseren Reihen steht, sich als Freund und Bruder der deutschen Arbeiter fühlt. (Bravo). Wir kämpfen mit den reichsdeutschen Genossen gegen die polnische Reaktion. Kowall-Kattowitz spricht namens der deutsch-sozialistischen Arbeiterschaft Polens. Tomaschek, der Präsident der tschechischen Nationalversammlung, überbringt nachbarliche herzliche Wünsche der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Miesner-Prag überbringt die Grüße der deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei. Vorsitzender Wels dankt allen Rednern namens des Parteitages. Genosse Eggerstedt verliest dann die aus allen Teilen der Welt eingegangenen Begrüßungstelegramme.

Bericht des Parteivorstandes.

Anschließend tritt der Parteitag in seine Tagesordnung ein. Den Bericht des Parteivorstandes erstattet Otto Wels.

Otto Wels: Zwischen dem Heidelberger Parteitag und heute liegen 1½ Jahre harter Arbeit. Ein Blick in unser 500 Seiten starkes Jahrbuch gibt ein Bild davon, daß unsere Partei mit ihrer Organisation, ihren Schul- und Lehrapparat, ihrer Presse und ihrer Vertretung im Reich, in den Ländern und Gemeinden in keiner Partei Deutschlands ihresgleichen hat. Zusammen mit den Gewerkschaften, den Genossenschaften, der Volksfürsorge, der Arbeitersportbewegung usw. bildet die Partei einen gewaltigen Faktor zur Hebung der Kultur der Massen. Auf diese Stellung sind wir stolz, wenn wir auch nicht damit zufrieden sein dürfen. Die heftigste Kritik hat unsere Haltung in den Fragen des Volksentscheids und Fürstenausgleichs erfahren. Alle unsere Kritiker haben vollkommen recht, — und sie alle hätten in der gegebenen Situation nicht anders handeln können, als wir es taten. Unsere Haltung hat uns den großen moralischen Erfolg des Volksentscheids eingetragen, der auf die Dauer ein politisches Aktivum brachte. Der Flucht der preußischen Landtagsfraktion vor den preußischen Richtern, das war der Vergleich mit den Hohenzollern, konnten wir nicht widersprechen.

Dies ist der erste Parteitag seit der Einigung, der sich nicht mit dem Sachsenkonflikt zu befassen braucht. Der Fall ist erledigt. Wir bedauern wohl alle, daß der Konflikt nicht unter Aufrechterhaltung der Einheit der Partei beigelegt werden konnte. Der Partei blieb aber nichts anderes übrig, nachdem die 23 in Sachsen sich nicht der Parteidisziplin fügten. Sie haben damit der Disziplinlosigkeit und Desorganisation Tür und Tor geöffnet. Die politische Bewertung ihres Vorgehens aber könnte ihnen ein Artikel der „Deutschnationalen Korrespondenz" klar machen, der den Redakteur ihres Blattes, des „Volksstaates", Nitsich, als den Bahnbrecher des deutschnationalen Einflusses in Sachsen bezeichnete.

Es ist nicht meine Aufgabe, auf die Fragen der Koalitionsbildung oder Regierungsbildung einzugehen. Das wird Hilferding in seinem Referat erörtern. Wenn aber ein Antrag die „würdelose" Art verurteilt, in welcher der preußische Innenminister, Genosse Grzesinski, aus Anlaß der Wrisberg-Affäre im Landtag gesprochen haben soll, so hat der Verlauf der Debatte im Preußischen Landtag die Antragsteller eines anderen belehrt. Vogelfrei sollten die Genossen, die das Unglück haben, Minister zu sein, doch nicht sein. Draußen kann ihnen so passieren, daß sie abgeschossen werden, wie das dem Genossen Severing so oft angedroht worden ist. Aber untereinander wollen wir unsere Gesinnungsgenossen doch nicht immer angreifen. Wir sollten nicht die Arbeit unserer Gegner besorgen".

Die Herausgeber und Mitarbeiter einer gewissen Korrespondenz, die ja jetzt schon eine ausgewachsene Zeitschrift geworden ist, haben die ertreulichste Absicht, die Partei zu bilden und zu erziehen. **Aber woher nehmen jene Genossen das Recht, die Partei in so abfprechender Weise zu kritisieren?** Sind sie an Sachkenntnis, an Parteierfahrung, an ehrlichem Wollen, an innerer Ueberzeugung, an wahrem proletarischen Klassenbewußtsein, an Opferbereitschaft und Steigkeit der von ihnen vertretenen Auffassung wirklich dazu berufen, in der schärfsten und herabsetzendsten Weise Institutionen, Parteiinstanzen in diesem Ton zu bekritteln? Gewiß, Meinungsfreiheit muß es geben, sie darf aber nicht der Deckmantel für andere Absichten sein, wenn nicht gar für solche, die von außen in die Partei hineingetragen werden sollen. Aber was es nicht in der Partei geben darf, ist das Heimatrecht einer geschlossenen Opposition um ihrer selbst willen! Dem Richtungsstreit wollen wir in der Partei keinen Platz mehr einräumen, nur damit zerschlagen wir die Hoffnung der Kommunisten auf Erfolg ihrer Zellenbildung.

Ein anderes sehr ernstes Problem möchte ich als das Problem der Ueberorganisation bezeichnen. Es werden stets Klagen geführt, daß sich unsere Mitglieder nicht in dem Maße mehr zur Parteiarbeit zur Verfügung stellen wie früher. Eine Unzahl von Organisationen sind auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung erwachsen und nehmen die Kraft des einzelnen in Anspruch. So beansprucht das Reichsbanner einen großen Teil der Arbeit, vor allem der jungen Genossen, ohne daß sich bisher der Gedanke durchgesetzt hat, daß der Schutz der Republik, für den das Reichsbanner ins Leben gerufen wurde, wirkungsvoll gefördert wird, durch die Zuführung der Reichsbannerkameraden zu den politischen Organisationen, der republikanischen Parteien. (Sehr gut!) Ich habe über 40 Spielarten der organisatorischen Betätigungsmöglichkeiten im Rahmen der Arbeiterbewegung zusammengestellt. Gewiß können diese Vereine der Partei auch Mitglieder zuführen, aber vorerst suchen sie die Mitglieder für sich selber zu gewinnen. Die Kommunistische Partei benutzt diese Organisation, um ihr politisches Geschäft zu treiben und überträgt durch Mitglieder, die ihr Treiben nicht durchschauen, die Opposition in die Partei. Eine Fülle von Geld und Arbeitskraft geht so der Partei verloren. Ich hoffe, daß es dem Arbeiter-Kulturkartell gelingen wird, durch Zusammenfassung all dieser Kräfte den Schaden von der Arbeiterbewegung abzuwehren.

In der Jungsozialistischen Bewegung hat die unermüdende Arbeit und die Bildung des Nelsonbundes nur durch radikalste Maßnahmen bekämpft werden können, indem wir die **Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Partei und zu dem Nelsonbund** ausgesprochen haben. Aber dadurch ist der dauernde Richtungsstreit in der jungsozialistischen Bewegung, die zahlenmäßig ohnehin nicht besonders stark ist, nicht behoben. Wir erhoffen Besserung von dem jetzt erfolgten Anschluß der Jungsozialisten an die Bildungszentrale. Wir geben allerdings davon aus, daß **nur Parteigenossen Mitglieder der Jungsozialisten sein können.** Wir wünschen in Zukunft auch der Arbeiterjugend gestatten, ihre Mitglieder bis zu 20 Jahren zu behalten, wenn sie vom 18. Jahre ab Parteimitglied sind. Allerdings muß dem der Parteitag erst zustimmen.

Die meisten Anträge zum Parteitag hat der Streit unter den Beamten um die Richtung ihrer Spitzenorganisationen hervorgerufen. Wir haben im Parteivorstand zahlreiche Sitzungen wegen der Beamtenschaft gehabt. Aber leider ist der Streit nicht aus der Welt geschafft. Dieser Streit um die Organisation steht überall an der Wiege der Arbeiterbewegung. Ebenso wie Partei und Gewerkschaften hatte beim Umsturz auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund einen starken Zulauf überschwenglicher Enthusiasten, und auch ihm blieb der Rückgang nicht erspart. Leider ist die Verschmelzung der Beamtenverbände nicht gelungen. Das ist um so schlimmer, als die christlichen Organisationen sich mit dem DBB. fusioniert und dadurch gezeigt haben, daß sie wissen, was die Geschlossenheit bedeutet. **Jedenfalls darf der Streit unter den Beamten nicht auf dem Rücken der Partei ausgetragen werden.**

[illegible] der Papst und forderten, die noch im [illegible] der Beamtenausschuß [illegible] der erhoben, daß an[illegible]ät verletzen. Wollen [illegible] und sollen unsere [illegible]sch. Wie stolz ist die [illegible] Lehrer gewesen, die [illegible] Sozialismus gewirkt [illegible]tedt, Hellmann [illegible]miert werden, wenn [illegible] der sie so lange auch [illegible]echtes Stück Unduldsamkeit, und ich bitte [illegible]chichte, und ich bitte [illegible]lehnen und lediglich [illegible]tand und Parteiausschlüsse [illegible]erbänden abgegeben [illegible]m ADB. am engsten [illegible]pünschen, im übrigen [illegible]icklung überlassen.

[illegible]nern ein Lokalorgan [illegible]ralorgan der Partei [illegible]eschluß des Berliner [illegible] Frage ist so alt wie [illegible]s Parteistatuts 1905 [illegible]en Antrag gegen den [illegible]s hat uns August [illegible]Vorwärts" dargelegt [illegible] der politischen Führ[illegible] seine Absichten und [illegible]chten Tage in einem Berliner Blatt bekämpft würden. Bebel und Singer haben damals die Erklärung abgegeben, daß sie es ablehnen müßten, weiter Vorsitzender der Partei zu bleiben, wenn der Berliner Antrag angenommen würde. So habe ich im Einverständnis mit den Berliner Genossen den Antrag zurückgezogen. Jetzt wollen die Berliner eines Teils wieder ein Richtungsblatt, die anderen ein Blatt im Stile der „Morgenpost". Nur auf den Kreis der organisierten Berliner Parteigenossen abgestellt, wäre keine Zeitung in Berlin haltbar. Wir sind bereit, mit den Berliner Genossen auf dem Boden der Verträglichkeit und des Entgegenkommens, aber auch auf der Basis des Statuts zu verhandeln. Der Antrag Hamburg aber verstößt gegen das Statut, und ich muß Sie dringend bitten, ihn zurückzuziehen. Wenn sich zwei Blätter in Berlin gegenseitig bekämpften, würden sie ebensowenig Seide spinnen, wie in der Zeit der „Freiheit" neben dem „Vorwärts". Die „Rote Fahne" hat es nicht über 15 000 Leser gebracht. (Hört, hört!)

Einige Anträge fordern die Einberufung eines preußischen Parteitages. Als Auftakt zur nächsten Preußenwahl machen wir uns den Antrag zu eigen und wollen auch wir die preußischen Genossen zusammenberufen.

Ich war außerordentlich erstaunt, in zwei so verschieden eingestellten Blättern wie der „Frankfurter Zeitung" und der „Roten Fahne" zu lesen, daß die Partei stagniere. Die Gründe des geringen Mitgliederzuwachses habe ich Ihnen dargelegt. Wir haben die Jugend mit voller Absicht dem Reichsbanner, der Schutztruppe der Republik, zugeführt. Nachdem das Reichsbanner jetzt konsolidiert ist und die Konsolidierung der Republik begonnen hat, können wir wieder mehr an die Parteiorganisationen denken.

Allerdings ist die Republik noch lange nicht so gesichert, wie das leider vor kurzem auch ein prominenter Mund behauptet hat.

Wir dürfen die Wachsamkeit der Arbeiterschaft nicht einschläfern und die Republik ist nur dann gesichert, wenn wir stets in der einen Hand die Kelle, in der anderen das Schwert führen.

Die Kommunistische Partei hat auf ihrem Parteitag von 1925 ihre Mitglieder mit 150 000 angegeben, jetzt nennt sie Moskau gegenüber 112 000, aber die wahre Mitgliederzahl ist unter 90 000. Die Einheitsfront ist für die Kommunisten selbstverständlich nur ein Manöver, die Sozialdemokraten zu spalten und zu schwächen. Die Erinnerung an die Gewissenlosigkeit, mit der die Kommunisten über Tausende deutscher Arbeiter Unglück gebracht haben, sollte eine hohe Barriere zwischen uns und ihnen aufrichten. Wir haben keinen einzigen Genossen ausgeschlossen, weil er an einer Moskaufahrt oder dem Kongreß der Werktätigen teilgenommen hat. Nur wenn er danach für die Kommunisten agitiert und die Partei bekämpfte, haben wir von unserem statutenmäßigen Recht Gebrauch machen müssen. Dieses Recht werden wir uns auch nicht nehmen lassen.

In der Arbeiterklasse ist

der sozialistische Gedanke im Vormarsch.

Ich denke daran, wie der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach die bürgerlichen Parteien gewarnt hat, von sich aus den Klassenkampf zu treiben, weil fast alle Arbeitnehmer dadurch der Sozialdemokratie zugetrieben würden. Ich denke an die Zentrumsarbeiter, die in offener Rebellion gegen ihre Führer stehen.

Die Eroberung der politischen Macht aber, besonders aber danach die der wirtschaftlichen, wird nur möglich sein, durch die Anstrengung aller gemeinsam Fühlenden, durch die Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter. Zerstören Sie diese Ansätze nicht durch Hetzerei und Sabotage. Das wäre unmöglich eine Politik, die unserer Partei frommen kann! Nur durch engste Zusammenarbeit können wir der Partei und der Arbeiterschaft nutzen! (Lebhafter Beifall).

Agitation, Organisation, Kasse.

Den Bericht über Agitation, Organisation und Kassenverhältnisse erteilte

Konrad Ludwig:

Wir sind noch immer die einzige Partei, die ihre Kassenbücher offen auf den Tisch des Parteitages legt. Wir fragen alle anderen Parteien, wer Lust hat, es uns nachzumachen. Die Einnahmen und Ausgaben der 32 Parteibezirke, der über 8000 Ortsgruppen betrugen 1926 rund 7,4 Millionen Mark. Die Gesamtparteieinnahmen betrugen 8,5 Millionen Mark,

pro Kopf des Parteimitgliedes in ganz Deutschland 10 Mark.

Das ist eine Leistung, auf die die Sozialdemokratie besonders stolz ist.

In den Jahren 1924 bis 1927, also in drei Jahren hat die sozialdemokratische Partei für Wahlen, Volksentscheid usw. 5 Millionen Mark ausgegeben.

Eine statistische Erhebung im Berichtsjahr ergab, daß 73 Prozent der Mitglieder Handarbeiter, 11 Prozent Kopfarbeiter, 5 Prozent selbständige Handel- und Gewerbetreibende, 2 Prozent freie Berufe und 9 Prozent ohne Angabe eines Berufes waren. Die Arbeit der Parteiorganisationen, insbesondere die der Vertrauensleute ersieht man an der Zahl der Versammlungen und der verteilten Flugblätter. Wir finden im Berichtsjahre **36 789 öffentliche und 57 981 Mitgliederversammlungen.** Zur Verbreitung kamen über 100 Millionen Flugblätter. Allein zum Volksbegehren und Volksentscheid hat die Partei 39 900 Versammlungen und 72 Millionen Flugblätter verbreitet.

Ludwig berichtet weiter über die Betriebe der Partei und die Dachgesellschaft Konzentration. Die Partei besitzt insgesamt 144 juristische Firmen und zwar 104 Druckereien, 27 Verlage und 13 andere Firmen, die alle der Partei gehören. Die Partei besitzt 184 Tageszeitungen, darunter 53 Kopfblätter, mit Ausnahme von neun erscheinen alle Zeitungen in eigenen Druckereien. 7000 Personen werden in Betrieben der Partei beschäftigt, davon 5200 technische, 1000 kaufmännische, 500 redaktionelle. Der Umsatz der Betriebe betrug 1926 62,7 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Abonnements betrugen 18,5, aus Inseraten 18,3, Drucksachen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270525-16/fragment/page=0009